

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Fehrm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepalte Kolonelleise:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **575 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Das Organisationswesen der Gegenwart.

II.

Als den ersten Beweggrund, der zur Bildung von Organisationen geführt hat, nennen wir die Absicht der Kräftesteigerung, den Willen, durch eine Zusammenfassung der zahlreichen Einzelkräfte zu einer Einheit eine Massenkraft zu erzielen, die größer ist als die Summe der einzelnen Kräfte. Der einzelne Mensch empfindet im Betriebe des ihm umflutenden Lebens seine Schwäche und Ohnmacht, und es kommt ihm die Ausschichtslosigkeit, durch eigene Kraft dieses Leben zu meistern, immer deutlicher zum Bewußtsein. Aus dieser Empfindung heraus sucht er sich an gleichstrebende Genossen anzuschließen, um durch eine Vereinigung der Kräfte und ein gemeinsames Wirken innerhalb einer Organisation seinen eigenen Vorteil besser zu verwirklichen und vertreten zu können. Der Gedanke, der diesem Streben zugrunde liegt, kommt in dem Sprichwort: „Einigkeit macht stark!“ zum Ausdruck und auch der häufig angeführte Schiller'sche Satz: „Verbunden werden auch die Schwachen mächtig!“ brüdt ihn aus. Ein Mensch, der in dem gesteigerten Hochgefühl seiner Kraft lebt, pöcht auf seine eigene Tüchtigkeit und Stärke und glaubt deshalb eine Organisation entbehren zu können. Er spricht mit Schillers'scher Selbstvertrauen: „Der Starke ist am mächtigsten allein!“ oder mit dem Räuber Moor: „Ich fühle eine Axt in meiner Faust!“ und darum erblickt er in dem schrankenlosen Wettbewerbs- und dem freien Spiel der Kräfte sein Heil. Wer aber die Grenzen seines Könnens ermisst und seine eigene Schwäche im Verhältnis zu den Aufgaben verspürt, die seiner warten, der sucht sich nach einer Organisation, die ihm einen Rückhalt bieten soll und einen Stützpunkt. So schließen sich die Arbeiter zu starken Gewerkschaften zusammen, sammeln einen Kampfkraft an, und schließen sich gegenseitig, um auf diese Weise mit vereinten Kräften dem ausbeuterischen Kapitalismus Vorteile abtrotzen zu können. So legen die Kapitalisten ihre Kapitalien zusammen, gründen Aktiengesellschaften und schaffen Großbetriebe, in denen sie Aufgaben lösen, die die Kapitalkraft und die Leistungsfähigkeit des einzelnen übersteigen. Auch die Anhänger und Vertreter einer politischen oder religiösen Anschauung bedienen sich des Mittels der Organisation, um für die Verbreitung ihrer Gedanken wirken und ihre Bestrebungen durchsetzen zu können. Nicht minder auch organisieren sich die Männer der Wissenschaft, um Aufgaben bewältigen zu können, die die Kraft des einzelnen übersteigen. Wohin wir auch blicken im Leben, überall tritt der Grund der Kräftesteigerung in der Organisationsbildung deutlich hervor. Es soll jegliche Kräftezerpflünderung und Kräftevergeubung vermieden, es soll vielmehr durch die organisierte Zusammenfassung und Anspannung der Kräfte der höchstmögliche Nutzen erzielt werden. Das dies durch eine Organisation möglich ist, beweist uns das Beispiel der gemeinsamen Arbeitsweise im Gegenteil zu der persönlichen Arbeitsweise früherer Zeit, das beweist uns die Wissenschaft und auch die tägliche Erfahrung.

Neben der Absicht der Kräftesteigerung spielt auch die Absicht der Ertragssteigerung bei der Gründung von Organisationen eine Rolle. Besonders bei den wirtschaftlichen, auf den Erwerb gerichteten Vereinigungen finden wir diesen Beweggrund. Das Streben, aus ihrem Unternehmen einen höheren Gewinn herauszuwirtschaften, veranlaßt zum Beispiel die Grubenbesitzer Rheinlands und Westfalens, auf ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu verzichten und sich dem Kohlen Syndikat anzuschließen, das diese Streben treibt auch, um ein anderes Beispiel anzuführen, die Tischlermeister und Möbelfabrikanten einer Stadt dazu, eine Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaft zu gründen. Aus diesem selben Streben sind überhaupt alle Erzeugungs- und Konsumgenossenschaften hervorgegangen. Wir neuzeitlichen Menschen suchen überall unsern wirtschaftlichen Vorteil, wir wollen billig kaufen und teuer verkaufen, und diese Absicht wird durch den Zusammenstoß bedeutend gefördert. Daher schließt sich der Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft der Gewerkschaft und als Käufer der bestehenden Waren der Genossenschaft an, nach beiden Richtungen hin will er den Ertrag seiner Arbeit steigern.

Bei näherer Betrachtung des Organisationswesens bemerken wir noch einen anderen Beweggrund. Überall, wo die Aufgaben der menschlichen Tätigkeit so umfangreich und vielseitig werden, daß sie von einer Stelle aus nicht mehr sinn- und zweckgemäß gelöst werden können, macht sich eine Zerlegung der Aufgaben in einzelne Teile notwendig. Nur eine Teilung der Arbeit ermöglicht die Lösung großer Aufgaben. Hier bietet sich dann ebenfalls die Organisation als ein geeignetes Mittel an und darum bilden sich Organisationen, die ein Sondergebiet bearbeiten. Wir erkennen in dieser Beziehung an die Vereine für Volksbildung und Volkserziehung, für Körperpflege, Jugendspiele, Wandersport und Weisheit, für Sängervereine, Mutterschutz und Jugendschutz, für den Kampf gegen Alkohol, Tuberkulose und Syphilis, für Kunst, Literatur und Wissenschaft, und wie die Sondervereine alle heißen mögen, die heutzutage wie Pilze aus der Erde schießen. Selbst innerhalb der großen Organisationen macht sich das Streben nach Arbeitsteilung bemerkbar: Berufsvereinigungen, Bildungsanstalten, Studienkommissionen u. werden ins Leben gerufen, damit sie im engeren Kreise Aufgaben lösen sollen, mit denen sich die Gesamtorganisation nicht befassen kann. Hier sehen wir deutlich, wie der Beweggrund für die Kräftesteigerung mit dem Grundsatze der Arbeitsteilung Hand in Hand geht und wie sie sich gegenseitig ergänzen. Zentralorganisation innerhalb einer Zentralorganisation ist die Sonderformel, die die Menschen befähigt, sich an die größten und kleinsten Aufgaben heranzuwagen.

In unserer heutigen Zeit gibt es noch einen besonderen Beweggrund, der uns den Weg geführt hat von der Organisationslosigkeit zur Organisation. Es ist dies die Weltbewerbsmüdigkeit, von der die weitesten Schichten der Bevölkerung befallen sind. Noch vor wenigen Jahrzehnten galt bei uns das freie Spiel der Kräfte nach dem Grundsatz: „Jeder für sich und Gott für uns alle!“ als der Leitstern des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Jeder einzelne sollte im Wettkampfe seine Kraft erproben und seine Tüchtigkeit beweisen. Heute ist das anders geworden, heute macht sich eine Art Heimweh nach Ruhe und Gebundenheit bemerkbar. Die Anspannung über Kräfte hat eine Ueberreizung der Nerven im Gefolge gehabt und der Rückschlag ist nicht ausgeblieben. Nicht nur in bezug auf das Verhältnis der Völker untereinander sind wir Kulturmenschen des Krieges überdrüssig geworden, weshalb wir für Weltfrieden und internationale Verständigung schwärmen, sondern auch in dem Verhältnis der Unternehmer untereinander hat sich das rücksichtslose Niederringen des Wettbewerbers überlebt und einer friedlichen Vereinbarung Platz gemacht. Schon vorher hatten die Arbeiter erkannt, daß ihr gegenseitiges Kaufen um die Arbeitsgelegenheit ein Übel sei und daß sie sich besser dabei ständen, wenn sie den vererblichen Wettbewerb untereinander ausschalten. Aus dieser Erwägung heraus entstanden die Gewerkschaften, die den Zweck verfolgen, die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte einheitlich zu regeln. Das Tarifwesen, das neuerdings immer mehr Anklang findet, ist ebenfalls aus der Kampfsmüdigkeit entsprungen. Auch im Gebiete des Geisteslebens, im Kampfe der Meinungen und Weltanschauungen, läßt sich das Bestreben nachweisen, das Ringen der Geister durch eine Organisation einzudämmen. Dieses Bestreben birgt offenbar eine schwere Gefahr für unsere geistige Entwicklung in sich, weil die freie Forschung und die freie Meinungsäußerung die Vorbedingung des Fortschritts ist.

So sehen wir denn, wie überall Kräfte am Werke sind, die die Menschen in die Organisation hineintreiben. Da dürfen wir uns nicht wundern, daß es so zahlreiche Organisationen gibt und daß ein unorganisiertes Mensch schließlich zu einer Seltenheit wird.

Die „amerikanische Invasion“.

II.

Selbstverständlich haben sich die großen amerikanischen Eisen- und Stahlwerke auch mit eigenen Erzgruben im Seengebiet versorgt, namentlich trifft dies auf den Stahlruhr zu. Ihm gehören zum großen Teil die besten Erzfelder im Seengebiet. Der gemischte Betrieb ist in der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie folgerichtig durchgeführt als in Europa. Das benachbarte Vorkommen von Erzen und Kohlen vermieß ja auch geradezu auf die Betriebszusammenfassung. So ist es unsehbar erklärlich, warum sich in den beiden Bundesstaaten Pennsylvania und Ohio die gewaltigsten Eisen- und Stahlerzeugung der Welt entwickeln mußte. Pennsylvania und Ohio liefern allein 65 Prozent der nordamerikanischen Hoheisenerzeugung. Die Eigenschaften der verhütteten Erze — es sind circa 90 Prozent Hämatite mit einem Eisengehalt bis zu 70 Prozent — ist besser als die der zum Teil in Deutschland verbrauchten Minette (bis 40 Prozent Eisengehalt). Die von der American Iron and Steel Association angefertigten Berechnungen ergaben indessen in dem letzten Jahrzehnt ein Eisenausbringen von 44,3 bis 59,7 Prozent von den verhütteten Erzen; im Vergleich zu dem vorigen Jahrzehnt ist das Verhältnis schlechter geworden. Demnach werden die Erze eisärmer geworden sein.

Die Erze werden der Hohe und dem Koks zugeführt. Dieses Verfahren, bekanntlich auch von den niedersteirisch-westfälischen Eisen- und Stahlwerken geübt, muß also trotz der oft gehörten gegenteiligen Behauptung das wirtschaftlichere sein. 1912 wurden in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 29,72 Millionen Tonnen Hoheisen erzeugt, davon in

Pennsylvania . . .	12552131 Tonnen = 42,23 Prozent
Ohio	8802498 „ = 29,28
Illinois	2887359 „ = 9,71
New York	1989281 „ = 6,52
Alabama	1862261 „ = 6,27

Abgesehen von Alabama (8,28 Prozent Erzförderung) liefern diese fünf Staaten jeder für sich noch keine 3 Prozent der innerstaatlichen Eisenerzeugung. Das ist in wirtschaftlicher Beziehung sehr beachtenswert, weil die führenden deutschen Eisen- und Stahlwerke auch bei der Koble liegen und die Notwendigkeit der Erzzufuhr als eine besondere Erschwernis geltend zu machen versuchen. Das amerikanische Beispiel lehrt, daß die Beförderung der Erze zu den Hoheisengerührstätten wirtschaftlicher als das umgekehrte Verfahren sein muß.

Nicht zu verkennen ist die Möglichkeit einer bedeutenden Erhöhung der amerikanischen Eisenerzeugung mit den schon vorhandenen Betriebsmitteln. Ende 1913 bestanden in den Vereinigten Staaten 462 Hoheisen, aber nur 205 waren in Betrieb. Auch die Eisen- und Stahlindustrrie „drüben“ frant seit Mitte 1913 wieder an einem starken Auftragsmangel. Auch „drüben“ klagen die Verbraucher über die unter dem Schutze der Einfuhrzölle von den verbrauchten und landwirtschaftlichen Werken hochgetriebenen Preise, in welchen die Klagen eine wesentliche Ursache der Absatzrückgang erblicken. Diesen Klagen sollte die teilweise Ermäßigung einer Anzahl Einfuhrzölle durch den Underwood-Tarif, seit 3. Oktober 1913 in Kraft, gerecht werden. Tatsächlich kam es darauf zu einer härteren Einfuhr von Hoheisen, Eisen u. aus Europa, worauf die inländischen Stahlwerke mit Preisermäßigungen vorgingen! Das läßt darauf schließen, daß die Herstellungskosten der europäischen Eisen- und Stahlindustrrie nicht zuletzt kommt die deutsche in Betracht — mindestens nicht höhere sind als die der amerikanischen. Es sei denn, die Ausfuhr nach

Amerika wird zu Verlustpreisen vollzogen. Dann müßten aber schon Preise bewilligt worden sein, die sich außerordentlich tief unter den im deutschen Inlande und auch im europäischen Wettbewerb verlangten halten. Derartige Unterpreise im Auslande zu nehmen, bestreitet jedoch die deutschen Ausfuhrhändler ganz entschieden. Demnach bleibt nur die Annahme übrig, daß unsere Industrie mit so geringen Selbstkosten arbeitet, daß wir mit keiner „amerikanischen Invasion“, sondern eher umgekehrt die Amerikaner mit einer „deutschen Invasion“ zu rechnen haben! Diese Schlussfolgerung stimmt überein mit den Darlegungen in der mehrfach angeführten Denkschrift über die Herstellungskosten der deutschen Hoheisen- und Halbzeugherzeugung. Die Behauptung unserer Industrieführer, sie könnten mit Rücksicht auf die gefährdete Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hoheisenindustrie den Forderungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nach einem besseren Löhntarife nicht entsprechen, ist also nicht bewiesen.

Der Hinweis auf die verschlechterte Geschäftslage ist erst recht hinfällig. Die Verschlechterung der Geschäftslage trägt einen internationalen Charakter. Der amerikanische Stahlruhr hat wohl im Jahre 1913 seinen Ueberschuß um rund 29 Millionen auf 137,1 Millionen Dollar erhöht, aber der Gewinn ging von 12,8 im August vorigen Jahres ständig bis auf 4,2 Millionen Dollar im Dezember zurück. Die Aufträge laufen nur durchaus unzureichend ein. Im Vergleich hierzu halten sich die Ueberschüsse der führenden deutschen Hoheisenwerke auf einer ansehnlichen Höhe. Der Rückgang der Geschäftslage kann darum kein Hindernis für die humane Aenderung des Arbeitsvertrages sein. Im Gegenteil, eine Zeit stillen Geschäftsganges ist geradezu trefflich geeignet, um einen Uebergang zur planvollen Verkürzung der Arbeitszeit in die Wege zu leiten.

Bei dem Mangel an feststellbarem Material — es wird von den Beteiligten geheimgehalten — ist es mindestens ungemünzbar schwierig, die Selbstkosten der Eisenerzeugung in den wettbewerbsfähigen Ländern in einen Vergleich zu bringen. Ein hervorragender Sachverständiger, J. S. Jeans, Sekretär der British Iron Trade Association, hat einen solchen Vergleich für Großbritannien, Deutschland und Nordamerika angestellt. Wenn diese Untersuchungen auch schon eine Anzahl Jahre zurückliegen, so behalten sie doch ihre verhältnismäßige Beweiskraft, weil auch die inzwischen eingetretenen technisch-wirtschaftlichen Veränderungen alle drei Länder betreffen. Man kann vielleicht sagen, daß inzwischen in Deutschland die Eisen- und Stahlerzeugung am meisten verbessert wurde, was eine Verbilligung der Erzeugung bedeutet.

Jeans berechnet auf die Tonne Hoheisen den Verbrauch an Erz, Koks, Zuschläge, Löhne, Unterhaltung der Betriebsanlagen (Allgemeinkosten) und kam zu dem Resultat: es betragen in Großbritannien die Herstellungskosten für Clevelandeisen 40,10, für Hämatiteisen von der Westküste 55,5 Schilling; in Lothringen (alle Eisensorten) 36,10, in Westfalen (alle Eisensorten) 41 Schilling, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika: Pittsburgereisen 50,5, Alabamaerisen 39,4 Schilling. Nachstehend die Gegenüberstellung der Herstellungskosten für die Tonne Hoheisen in Deutschland und Nordamerika (in Schilling und Pence):

Rosten für	Lothringen	Westfalen	Pittsburg	Alabama
Eisenerz	8,4	22,0	33,0	16,0
Kohlen und Koks	22,6	13,0	11,0	15,6
Kalkstein	—	—	1,6	1,6
Löhne	3,0	3,0	3,0	5,6
Allgemeinkosten	3,0	3,0	2,0	2,6
Zusammen	36,10	41,0	50,6	39,4

Man mag die Einzelposten in dieser Aufstellung aus irgend welchen Gründen beanstanden, sie bleibt doch als die Arbeit eines hervorragenden Sachverständigen von Wert und dürfte sich im allgemeinen mit der Richtigkeit decken. Ein anderer Sachmann, der Hütten- und Hüttenfachliche Rundschau die Herstellungskosten des Hoheisens in den drei größten deutschen Erzeugungsteilen verglichen. Darnach zog mehr Posten in seine Berechnung ein als Jeans, unter anderem auch die Tilgung der Anlagelosten. Er kam zu folgendem, wie er schreibt, „annähernd richtigen Vergleich“: Die Selbstkosten für die Tonne Hoheisen betragen in Lothringen 50,41, in Rheinland-Westfalen 50,54, in Oberschlesien 57,25 M. Auch diese Rechnung ist natürlich unrichtig. Es kommt besonders darauf an, ob das erzeugende Werk seinen Verbrauch an Kohlen, Koks, Erz u. aus eigenen Anlagen deckt, oder ob es sie zu Marktpreisen einkaufen muß. Im ersten Falle kommt ihm die Materialbeschaffung bedeutend billiger als den Wettbewerbern zu stehen. In dieser günstigen Lage befinden sich nun unsere bedeutenderen Hoheisenwerke. Sie decken ihren Bedarf aus eigenen Gruben und Hoheisenhütten und haben dadurch einen großen Vorsprung.

Nun kann aber nicht oft und nicht nachdrücklich genug hervorgerufen werden, daß gerade die wirtschaftlich am günstigsten gestellten deutschen Großunternehmer es sind, die mit größter Kraft für die Beibehaltung des Schutzzolls gegen die amerikanische Invasion einreten und gleichzeitig mit erbittertester Hartnäckigkeit den Versuch eines Hüttenarbeiter-schutzgesetzes bekämpfen. Die am meisten technisch und wirtschaftlich in der Lage sind, arbeiterschützende Betriebsverbesserungen durchzuführen, gerade die bestürmen am lebhaftesten die Regierung mit Protesten gegen den gesetzlichen Arbeiterschutz! Was in minder gutgestellten Industrien, was selbst vielfach im Kleingewerbe dem der gewerkschaftlichen Organisation und ohne Schaden für die betreffenden Gewerke an Arbeitszeitverkürzung, Lohnregulierung durch Tarifverträge, Unfallversicherung durchgeführt wurde, verweigern die vermögenschäftigen Großunternehmer in der Hütten- und Walzwerkindustrie.

gewählten Generalsekretäre und örtlichen Jugendausstellungen sind die Bezirksleitungen geschaffen worden, die im Berichtsjahre einen weiteren Ausbau erfahren haben. Gegenwärtig gibt es solche für 36 (im Vorjahre 32) Bezirke.

Das Gewerkschaftssekretariat für den Siegerer Bezirk wurde aufgehoben und statt dessen in Jserlohn ein Bezirkssekretariat zur Vertretung der Gewerkschaftsmitglieder vor dem Oberberufungsamt in Kassel eingerichtet. Nach dem Tode des Sekretärs für Ost- und Westpreußen, Genossen Trilse, wurde dieser Posten im Einverständnis mit den Gewerkschaftsvorständen nicht wieder besetzt, weil er jetzt entbehrlich ist. Höhere Anforderungen an die Kasse der Generalkommission sind erhoben worden durch die Erklärung von Bezirksarbeitersekretariaten. Die Reichsversicherungsordnung hat die erdgültige Entscheidung über den größten Teil der aus der Arbeiterversicherung sich ergebenden Streitigkeiten den Oberberufungsämtern übertragen. Sollen den Gewerkschaftsmitgliedern ein ausreichender Rechtsschutz gewährt werden, so wird die mündliche Vertretung der Versicherer vor den Oberberufungsämtern übernommen werden müssen. Dies kann in der Regel nur geschehen, wenn ein besonderes Bezirkssekretariat errichtet wird. Die Generalkommission hat deshalb die Bildung von Bezirksstellen empfohlen. Die Kosten des Bezirkssekretariats sollen durch eine mögliche Beitragsleistung der Gewerkschaftsstellstelle des Bezirks und Zuschüsse der Generalkommission aufgebracht werden.

Die Statistik wurde weiter ausgebaut und die Zahl der dem Korrespondenzblatt beigefügten statistischen Beilagen von 9 auf 10 erhöht. Auch wird die bisher von Richard Calver bearbeitete Statistik über den deutschen Arbeitsmarkt nunmehr von der Generalkommission gemacht.

Die achte internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen tagte vom 16. bis 18. September in Zürich. Sie beschloß unter anderem, den Namen des internationalen Sekretariats abzuändern in Internationaler Gewerkschaftsbund. Zum Präsidenten des Bundes wurde der Genosse Legien gewählt. Die internationale Gewerkschaftskorrespondenz soll in englischer, französischer und deutscher Sprache herausgegeben werden. Zur Deckung der Kosten für diese Einrichtung sind die Beiträge für das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf 4 M für 1000 Mitglieder der angeschlossenen Organisationen und pro Jahr erhöht. Der bisherige Beitrag betrug 1,50 M für 1000 Mitglieder. Zu gleicher Zeit fand eine Konferenz der internationalen Berufssekretäre statt.

Gewerkschaftliche Unterrichtskurse wurden abgehalten vom 13. Januar bis zum 22. Februar und vom 27. März bis zum 7. Mai 1913. Nach einem Beschluß der Konferenz der Vorstandsmitglieder soll in Zukunft ausschließlich nur noch ein gewerkschaftlicher Unterrichtskursus abgehalten werden. Die Zahl der Teilnehmer soll 50 nicht überschreiten. Im Winterhalbjahr 1913/14 hat deshalb nur noch ein Kursus stattgefunden. Vom 22. September bis zum 18. Oktober wurde ein Kursus für Arbeitersekretäre abgehalten.

Die sozialpolitische Abteilung hat ein großes Verzeichnis mit 26 Abteilungen und 436 Stichworten eingerichtet. Der angeordnete Stoff steht sämtlichen Gewerkschaften zur Verfügung, kann jedoch nicht nach auswärtig verschickt werden. Es ist aber auch schon zum Teil zu Veröffentlichungen benutzbar gemacht worden.

Die Auflage des Korrespondenzblattes liegt nun 30 000 auf 30 500, die Arbeiterrechts-Beilage wurde außerdem noch in 5000 Abdrücken abgegeben. Das in italienischer Sprache erscheinende Blatt L'Operaio Italiano erschien in einer Auflage von 10 202 (10 194), das polnische Blatt Gosciniak in 3539 (3524) Exemplaren.

Die Gesamteinnahme betrug 632 622,48 M., die Ausgabe 573 047,33 M.

In diesen Berichten schließt sich, wie üblich, ein kurzer Jahresbericht des Zentral-Arbeitersekretariats. Danach hat die Einführung der Reichsversicherungsordnung eine Verminderung der zu bearbeitenden Sachen zur Folge gehabt. Es wurden 2126 Sachen abgemittelt. Der geringe Rückgang zeigt nicht unmaßgebend im Verhältnis zur Abnahme der Zahl der Klagen beim Reichsversicherungsamt. Dort gingen nur 12 913 Klagen gegen 23 001 im Vorjahre ein. Die Zahl der vom Zentral-Arbeitersekretariat erledigten Sachen ist jedoch nur wenig geringer als im Vorjahre. Die Zahlen sind 2126 gegen 2165. Es wurden eingeklagt:

Table with 2 columns: Gegenstand des Streits, Anzahl der Fälle. Includes categories like von den Arbeitersekretariaten, Gewerkschaftsstellstellen, etc.

Zu den neu eingegangenen 2126 Streitigkeiten traten die aus den Vorjahren noch in der Schwebelage gebliebenen, nämlich: aus dem Jahre 1909 1 Sache, aus dem Jahre 1911 87 Sachen, aus dem Jahre 1910 5 Sachen, aus dem Jahre 1912 935 Sachen.

Zu bearbeiten waren demnach 3151 Sachen, von denen 2126 erledigt wurden. Rückständig blieben: aus dem Jahre 1909 1 Sache, aus dem Jahre 1912 211 Sachen, aus dem Jahre 1911 5 Sachen.

Von den 2126 erledigten Sachen waren: 1951 Unfallsachen, 140 Jubiläumssachen, 31 Knappschloßsachen, 6 Jubiläumssachen. Bei den Unfallsachen war das Ergebnis folgendermaßen:

Table with 4 columns: Gegenstand des Streits, Jahr der Fälle, Die Sache wurde für den Beteiligten erledigt (günstig, ungünstig). Includes categories like Anerkennung des Betriebsunfalls, Höhe der ersten Rente, etc.

Die Teilerfolge sind den Entscheidungen mit fünf von Anzusage zugeführt worden. In 338 Fällen wurde die Verteilung leider abgelehnt, weil die Sache gänzlich unentschieden war. Bei den 140 Jubiläumssachen mußte die Verteilung in 19 Fällen abgelehnt werden. Es wurde auf das Rechtssmittel des

Table with 2 columns: Gegenstand des Streits, Anzahl der Fälle. Includes categories like die Renten zurückzugeben, die Renten teilweise zurückzugeben, etc.

Derem gingen noch 805 Klagen über nicht zu bearbeitende Sachen ein. Auf diese erwiderte das Sekretariat 233 Antw.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 24. Mai der 22. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. Mai 1914 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gefordert:

Der Verwaltungsstelle Graubenz 5 g pro Woche ab 1. Juni 1914. Der Verwaltungsstelle Marzhausen 10 g pro Woche ab 1. Juli 1914.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Erlangen: Der Mechaniker Johann Rudloff, geb. am 10. November 1875 zu Erlangen, Buch-Nr. 1,055 656, wegen Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Rothenburg a. T.: Der Schmied Johann Kaulin, geb. am 2. Januar 1887 zu Amstetten, Buch-Nr. 1,982 884, wegen unkollegialem Verhalten.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Chemnitz: Der Dreher Friedrich Ruhn, geb. am 10. Juli 1883 zu Oberwiesla, Buch-Nr. 952 116, wegen unkollegialem Verhalten.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bremen:

Der Former Johann Zietel, geb. am 2. Juni 1896 zu Eichwald, Buch-Nr. 7, eingetr. am 15. Juni 1913 in Leipzig, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Eintruden-Nordenham:

Der Schmied August Zolteit, geb. am 7. August 1896 zu Schillingen, Buch-Nr. 2,040 076, wegen betrügerischer Manipulationen mit Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg:

Der Dreher Rudolf Kinkel, geb. am 19. Februar 1887 zu Rensfeld, Buch-Nr. 2,112 550, wegen Nichtablieferung entliehener Bibliothekbücher.

Gestohlen wurde:

Buch-Nr. 2,090 434, lautend auf den Schlosser Emil Rietzschle, geb. am 11. Januar 1888 zu Korf, eingetr. am 9. November 1912 in Singen. (Singen-Rudolfzell.)

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüdelsstraße 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rüdelsstraße 16a; auf dem Postfach ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

- List of names and addresses of members and organizations, including: von Anterwiesler nach Dortmund, von Bronzearbeitern und Metallarbeitern nach Herbrud, von Drahtarbeitern und Kablem nach Hannover, etc.

Korrespondenzen.

Drahtarbeiter.

Hannover. Es ist bekannt, daß gewisse Leute seit einigen Jahren die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern geschäftlich ausnutzen und durch die Vermittlung von Arbeitswilligen ihren Brotverdien suchen. Nicht das Geschäft, dann haben diese Leute einen recht annehmbaren, mühselosen Gewinn, vorausgesetzt, daß sich immer genügend Ware zum Verkauf oder Schacher findet. Wie diese Menschenhändler bei Ausbruch von Streiks schnell bei der Hand sind und den Unternehmern ihre Dienste gleich anbieten, dafür liefert das nachfolgende Schreiben wieder einen Beweis. Am 20. April wurde in den hannoverschen Drahtwarenbetrieben die Arbeit eingestellt, und am 23. April schon fand eine solche Firma aus Essen an eine der hiesigen befreiten Firmen das folgende Schreiben: „Streng vertraulich! P. S. Im Interesse der Sache ist strengste Diskretion erforderlich. Desgleichen wird höchst erachtet, daß die Beantwortung des obigen Schreibens keine Postkarten zu benutzen. Essen-Ruhr, 23. April 1914. Firma Hannover. Wie ich Ihnen erfahren habe, sind dort die sämtlichen Drahtarbeiter in den Zustand getreten. Da ich wohl annehmen darf, daß Sie aus diesen Gründen Arbeitswillige gebrauchen können, stelle ich Ihnen meine Dienste zur Verfügung derselben zur Verfügung, damit Sie und Ihre übrigen Berufskollegen den Streik nicht erleiden. Ich habe schon vielen Firmen habe ich während des Streiks die notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt, und überall ist man mit meinen Leistungen und den Leistungen meiner Leute zufrieden gewesen, wie aus den abschließlich beiliegenden Zeugnissen zu ersehen ist. Meine Bedingungen sind: Freie Reise der Leute nach dort und am Schluß des Streiks auch wieder zurück, Zahlung von 5 M. Lohn pro Mann, dazu freie Schlafgelegenheit und Verpflegung der Leute im Betriebe, Aufnahme der Leute in die zuständige Frontenklasse und Zahlung einer Gebühr für Beförderung der Leute von 10 M. pro Mann. Ihre den eventuell notwendigen Ausschicksbeamten, der für Ruhe, Ordnung und gute Leistungen der Leute zu sorgen hat, müßte ich mir pro Tag 10 M. ausbitten.“ Sie würden mich sehr verbinden, wenn Sie die Nebenmühseligkeit haben wollten, mir mitzuteilen, ob ich Ihnen zu diesen Bedingungen die notwendigen Arbeiter stellen darf. Da ich wohl annehmen darf, daß in Hannover noch mehrere Drahtwarenfabriken vorhanden sind, ich aber solche nicht kenne, so bitte ich Sie um die Gefälligkeit, die anliegenden Kopien diesen Firmen freundlichst zukommen zu lassen. Ich weiß wohl, daß es ein starkes Stück von mir ist, Ihnen solches anzumuten, aber ich weiß keinen anderen Weg, den anderen Firmen mein Angebot zu übermitteln. Indem ich Ihnen im voraus meinen herzlichsten Dank für die Gefälligkeit absetze, verbleibe ich mit vorzüglicher Hochachtung. F. D.: Eduard Dange, Essen-Ruhr, Bogardstraße 24.“ - Es war in diesem Falle ja nur für die „Häner“, „Firma“ nichts mehr zu machen, denn die Firma Gentschel hatte mittlerweile schon eine „Kolonne“ aus Hamburg bekommen, und die übrigen Firmen lehnten ab. Sie danken für diese Besserungsmöglichkeiten und lassen Gentschel einmal allein versuchen. - Die Agenten schämen ihre Ware auch bei den Fabrikanten richtig ein. Es wird auf Wunsch gleich ein Treiber mitgestellt, der für Ruhe und Ordnung zu sorgen hat. Aber außer 10 M. Vermittlungsgebühr für die Reise kostet dieser Arbeiter 10 M. den Tag. Also ganz billig ist diese Gesellschaft nicht. Aber die Firma Gentschel scheint noch besonderes Recht zu haben. Die „Hamburger“, die jetzt im Betriebe sind, wollen für 50 S. die Stunde nicht weiterarbeiten. Am letzten Dienstag gab es im Betriebe Nordspinnerei. Sie verlangten für die Stunde 70 S. und - bessere Kost! Aber Herr Gentschel, man soll dem Dänen, der da drüht, nicht das Maul verbinden, lautet doch das Wortwort. Gutes Futter muß die Gesellschaft schon haben, da dürfen keine Kosten gespart werden. Die Firma Gentschel hat denn nun auch in der lauren Apfel beissen müssen. Es sollen jetzt 60 S. Lohn und bessere Kost bewilligt sein. Zufrieden sind die „Hamburger“ aber damit noch nicht. Die Ware wird Gentschel noch recht teuer kommen, und dabei sind die Deutschen nicht einmal zu gebrauchen. - Der Streik dauert fort! Zugang ist streng fernzuhalten.

Elektromonteur.

Hannover. Ein hiesiger Monteur, der sich vor einiger Zeit an die Firma Siemens-Schuckert-Werke in Berlin um Stellung als Monteur für größere Anlagen wandte, erhielt den nachfolgenden Fragebogen zur Ausfüllung zugesandt: „Siemens-Schuckert-Werke S. m. b. H. Fragebogen für Montagepersonal. Herrn Auf Grund Ihres Schreibens vom sofort eigenhändig handschriftlich ausgefüllt zurücksenden unter Beifügung von Zeugnisschriften, beginnend mit dem Nachzugsk. Wo Platz mangelt, sind Beifügter zu verwenden. - 1. Personalita. Vor- und Zuname: Geburtsort - Tag - Jahr: Ledig, verlobt, verheiratet; wieviel Kinder? Staatsangehörigkeit: Militärverhältnis: Religion: Schulbildung: Fachschulbildung: Profession, Dauer der Lehrzeit: Stand des Vaters: Körperliche Gebr.: Sind Sie gesund? Sprachkenntnis: Waren Sie schon im Ausland? Wo befinden Sie sich jetzt in Stellung? Seit wann? Haben Sie dort eine Kündigungsschrift eingehalten? Eventuell welche? Sind oder waren Sie schon bei Siemens und Halske u. S., bei Siemens-Schuckert, bei der S.-M. vorm. Schuckert & Co., eventl. in welcher Abteilung oder Lehn. Bureau beschäftigt? Lohnansprüche: Wann löst die Eintritt erfolgt? Sind Sie gerichtlich bestraft? Welche nachstehend bezeichneten Arbeiten haben Sie ausgeführt? Es folgen dann über: 2. Allgemeines: 1. Fragen, 2. Dynamomaschinen und Motoren 10, 4. Spezialfragen über Motorantriebe 12, 5. Akkumulatoren 2, 6. Transformator 4, 7. Schaltanlagen 3, 8. Leitungen 11, 9. Beleuchtung 7 Fragen. Dann folgen noch 43 Fragen, welche mit von Arbeitern der Gewerke bis jetzt ausgeführt hat. Der Schluß lautet: „Vorstehende Angaben sind von mir eigenhändig und der Wahrheit entsprechend gemacht worden. Ort Datum Unterschrift“ - Das sind zusammen nur 122 Fragen, die die Firma von dem Monteur beantwortet haben will. Es befinden sich darunter auch verschiedene Fragen persönlicher und familiärer Natur, die unseres Erachtens die Firma recht wenig angehen und deren Beantwortung eigentlich jeder Monteur selbstverständlich ablehnen müßte. Was der Familienstand, der Stand des Vaters, das Militärverhältnis und gar die Religion des Bewerbers für die Tüchtigkeit als Monteur beweisen sollen, ist uns unverständlich.

Feilenhauer.

Böhm. Von Herrn Hugo Schardt erhalten mir zu der Korrespondenz in Nummer 16 folgende Mitteilung: „Es ist nicht wahr, daß ich in den letzten zehn Monaten neun Schleifer beschäftigt habe, wahr ist, daß nur sechs an zwei Schleifsteinen beschäftigt waren. Hierin wurden drei Schleifer wegen fortgesetzten Zuspätkommens, willkürlichen Feiern sowie wegen Betrunkenheit während der Arbeitszeit entlassen. Ein Schleifer ließ sich einen Vorstoß von 50 M. geben, arbeitete nur vier Stunden und kam nicht wieder. Die beiden anderen legten die Arbeit nieder, da sie auf den zu hart gelieferten Steinen nicht arbeiten konnten. Es ist nicht wahr, daß der Betrieb manchmal wegen Mangel an geschliffenen Feilen ruhte, wahr ist, daß die Feilenhauer mit den Schleifern die Arbeitsstätte unberechtigt verlassen und dadurch Feierschichten schufen. Unwahr ist, daß ein ständiger Wechsel unter den Feilenhauern herrschte, wahr ist, daß in den letzten acht Monaten zwei Maschinenhauer vorübergehend beschäftigt gewesen sind, da ich mit ihren Leistungen nicht zufrieden war. Unwahr ist, daß bei mir die Behandlung eine schlechte und die Entlohnung eine geringe sei, wahr ist, daß die Behandlung eine humane ist, und daß ich die höchsten

Böhne im Umkreise bezog, nämlich 55 bis 60 1/2 Stundenlohn. Unwahr ist, daß ich mich in der Nähe eines Feilenbetriebes aufhalte, um mit den Arbeitern Fühlung zu bekommen, wahr ist, daß ich mich ein einziges Mal in der Nähe eines Feilenbetriebes aufgehalten habe, um mit dem betreffenden Arbeiter, der vorher um Arbeit nachgesucht hatte, zu verhandeln. Unwahr ist, daß ich „Menschenfreundlichkeit“ umzugskosten vorzöge, wahr ist, daß ich ein einziges Mal seit Bestehen meines Geschäftes Umzugskosten in Höhe von 60 M. Monaten abgetragen waren. Die Lohnzahlungen erfolgen am 7. und 22. jeden Monats, Abschlagszahlungen nach Bedarf, mindestens aber einmal innerhalb der Lohnzeit. Unwahr ist, daß am Lohnzeit Tag Zahlungen erfolgen, wahr ist, daß an den Lohnzeiten schon Vorarbeiten geleistet worden sind. Es ist unwahr, daß keine Maschinen vorhanden sind, auch unwahr, daß derjenige, der mit den in meinem Betriebe herrschenden Zuständen nicht zufrieden ist, die längste Zeit dagewesen ist. Wahr ist, daß ich langjährige Arbeiter habe, zum Beispiel einen Arbeiter, der zehn volle Jahre, und einen, der das vierte Mal seit 18 Jahren bei mir tätig ist, was doch beweist, daß die einmal bei mir beschäftigt gewordenen Arbeiter gern wieder die Arbeit aufnehmen.“ (Aus der Antwort auf diese „Berichtigung“, die bereits in unseren Händen ist und in Nr. 22 zum Abdruck gelangt, geht hervor, daß die Kollegen die in Nr. 18 gegebene Darstellung durchweg aufrechterhalten. Red.)

Kaiserlautern. Bei F. Dommasch früher Hoffmann, bestehen Differenzen.

Hoflau. Der Streit der Feilenarbeiter bei der Firma Gustav Horn wurde nach vier Tagen durch Abschluß eines Tarifvertrages beendet.

Metallarbeiter.

Aue. Bei der Firma Erdmann Kirchs in Aue im Erzgebirge, deren Erzeugnisse und Stundenlöhne vielen Metallarbeitern bekannt sind (die Erzeugnisse genossen einen Weltruf, während die Löhne nur bescheidenen Naturen genügen), hören die Klagen der Arbeiter über die Arbeitsverhältnisse nicht auf. Um die Stundenlöhne nicht erhöhen zu müssen, hat man vor 1 1/2 Jahren Vordarbeiter eingeführt. Die Meister und Werkstattdirektoren, die nebenbei mit „Kalkulieren“, haben es nun vortrefflich verstanden, die Arbeitsleistung der Arbeiter zu steigern, ohne daß die Ausgaben für Löhne in demselben Maße in die Höhe gehen. Mehr als 10 % über den Stundenlohn darf im Wort nicht verdient werden. Kürzungen sind tagtäglich Ersparnisse. Von der Sorge eines Ueberdienstes werden die Vordarbeiter aber bald gänzlich befreit sein, da schon jetzt allenthalben die Art der Kalkulation und die „Wühlererei“ dafür sorgt, daß selbst bei angestrengtester Tätigkeit der Stundenlohn nicht überhöht wird. Soweit wird es die Einheitslosigkeit der dort Beschäftigten schon noch bringen, daß trotz sehr gesteigerter Leistung die Verdienste auf die alte Höhe sinken. Die unorganisierten Schläger, deren es bei Kirchs noch genug gibt, möchten allerdings gern die Organisation als Sturmbod gegen die sich breitmachenden Schäden der Vordarbeit benutzen, ohne daß sie selbst durch Anschluß mit dazu beitragen wollen. So manches ist bei Kirchs noch verbesserungsbedürftig und könnte bei einigem Zusammenstoß geändert werden. So müssen zum Beispiel die Arbeiter verchiedener Größe ihr Trinkwasser aus einem Faß entnehmen, das täglich einmal gefüllt wird und an und für sich nicht appetitlich aussieht. In der Formerei hat sich neben allen, schon längst bestehenden Mängeln eine neue Verschlechterung eingeschlichen. Den Formern wird jetzt für schlechteren, aber gebrauchsfähigen Guß (Schluß wird überhaupt nicht bezahlt) der durch Mehrarbeit entfallende Bearbeitungslohn abgezogen, ohne die Schlußfrage zu prüfen. Widerspruchlos haben die geübten Formner auch diese „Neuerung“ über sich ergehen lassen. Immer mehr und mehr muß daher der Gedanke geltend gemacht werden, daß es eine Ehrenpflicht für jeden Arbeiter ist, sich der Organisation anzuschließen und selbst mit Hand anzulegen, nicht aber nur Kuckuck des Einflusses der Organisation zu sein.

Chemnitz. Die Maschinenfabrik Rappel sucht in auswärtigen Blättern Schreibmaschinen-Mechaniker. Wenn Arbeiter auf diese Suche hereinfallen und hierher kommen, verlangt man, sie sollen dem gelben Werkverein beitreten. Da genug Arbeitskräfte für diese Arbeit in Chemnitz zur Verfügung stehen, so ist der Zweck der Werbung, Mitglieder für den Werkverein zu prüfen, um dann die in diesem Betriebe üblichen Lohnkürzungen fortzusetzen. Die Kollegen, die in der Maschinenfabrik Rappel Arbeit nehmen wollen, werden deshalb auf § 5 Absatz 7 des Statuts verwiesen.

Chemnitz. Reichs-„Wahrheits“-Verband und Gelbe gegen die freien Gewerkschaften. Der Rückgang der Löhne wird von den gelben Oberbänden, die sich auf Kosten der Arbeiter ein müheloses Dasein im Betrieb dauernd sichern möchten, sehr geschätzt, denn sie wissen sehr wohl, daß die Unternehmer nur deshalb Gelder für die gelben Werkvereine hergeben, weil sie für ihren Profit fürchten. Um sich davor schützen zu können, wollen sie die nötigen Klauseln zur Hand haben. In der Schiffschiffen-Werkschiff-Fabrik, wo von Meistern und Vordarbeitern viele Leute — auch solche, die 30 und mehr Jahre dort tätig waren — verfolgt und entlassen wurden, weil sie dem Werkverein nicht beitraten, ist man zu der Ansicht gekommen, daß es auf diesem Wege doch nicht möglich ist, einen Betrieb gewinnbringend zu erhalten und man macht dort die Einstellung der Leute nicht mehr in allen Fällen von dem Beitritt zum gelben Werkverein abhängig. Dies allein schon genügt für die Oberbänden, ihren Futtertopf wandern zu lassen. Sie vertreiben deshalb an einem Tage gleich drei Flugblätter, die sie vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie bezogen, um damit den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu vernichten. Der Inhalt dieser Flugblätter besteht, wie immer, nur aus Lügen, was allein schon dadurch bewiesen ist, daß alle die früheren Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die als unfähig zur Wiederaufnahme erklärt sind, als solche bezeichnet werden, die Vorkürzungen und Unterschlagnung begangen hätten. Unter solchen Umständen hauptsächlich die Oberbänden, die in der freien Gewerkschaft kein Amt zu erheben vermögen und die, als sie an die Futtertruppe der Unternehmer gelangen, ihrem Ausschluß aus dem Verband durch die Austrittserklärung zuworden. Daß den gelben Oberbänden der Boden unter den Füßen schwankt, ist erklärlich, denn die betrogenen Arbeiter, die in der Verein gepreßt wurden, merken es jetzt sehr deutlich, weshalb die Unternehmer so sehr zur Gründung von Werkvereinen drängen, denn Lohnkürzungen von 20 und 30 Prozent sind jetzt keine Seltenheit. Mehr als einmal klagten die betrogenen Arbeiter: „Seid mir gelb geworden, wird es in mir schimmern.“ Nur die Vordarbeiter und Vordarbeiter, deren Lohn die Arbeiter mit ertragen müssen, fühlen sich bei diesem System wohl und suchen durch Schliche aller Art ihre Stellung zu befestigen. Solange die Werkvereine im Entstehen waren, glaubten die Arbeiter den Worten ihrer Unterdrücker, auch, daß Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter möglich ist und daß die Unternehmer einen gerechten Lohn zu zahlen willens sind. Bezeichnen sich doch die Werkvereine als freibewertige Organisationen, lehren ihren Mitgliedern das Wesen der Gewinnbeteiligung und spiegeln ihnen vor, daß jeder es zu einem gewissen Wohlstand bringen könne, wenn kein Streit mehr geführt werde. Diese Lehre gibt aber die Arbeiter-Zeitung vollständig preis, indem sie in Nr. 13 schreibt, daß ein solcher Anspruch durch nichts begründet werden könne. Es heißt dort wörtlich: „Das Verlangen nach einer Beteiligung am Gewinn ohne Beteiligung am Risiko oder irgendwelche andere Gegenleistung ist eine ungeheuerliche sinnlose Forderung. Es heißt ja bei jeder derartigen Durchsetzung nichts anderes als Abzweigen ohne Entlohnung oder Abzweigen, Jins ohne Kapital.“ Dem Verband Deutscher Handlungsgehilfen, der sich erlaubt hat, die Gewinnbeteiligung nur zu empfehlen — der dadurch hat den Angehörigen eine höhere Anteilnahme am Gewinn anerkennen will und den Unternehmern einen höheren Gewinn in Aussicht stellt — sagt dieses Blatt, man wolle nur eine Sinnverwirrung anrichten und ruft aus: „Wie können sich die Angehörigen von ihren Führern heranziehen lassen?“ Es heißt weiter, die Angehörigen sollten ihre Führer einmal energisch auffordern, ihnen klar zu machen, wie

sie sich denn im einzelnen die Durchführung der Gewinnbeteiligung für alle Abstufungen, vom Lehrling bis zum Prokuristen, denken. Dann würden sie ja bald merken, was an der Sache ist. Über leibere Lehre die Erfahrung, daß, je sinnloser, ungerechtfertigter und verhältnismittel sei. Es zeigt sich hier also ganz deutlich, daß selbst die bescheidensten Vorschläge der zahllosen Arbeiterorganisationen von dem Unternehmerorgan zurückgewiesen werden, sobald diese darauf gerichtet sind, auf Kosten des Unternehmergewinns den Angestellten und Arbeitern ein höheres Einkommen zu sichern. Will die Arbeiterkraft für sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen, bleibt nur der Anschluß an die freien Gewerkschaften, die ihre Mitglieder erziehen zur Übung des Gemeinschaftsgefühls, um die Unternehmer durch die Macht der Organisation dahin zu bringen, die Arbeitskraft ihrer Angestellten so zu bewerten und zu bezahlen, daß ihnen die Möglichkeit gegeben ist, menschenwürdig zu leben und teilzunehmen an den Erzeugnissen der Kultur. Alles andere ist Humbug! Alle sonstigen Bestrebungen sind nur berechnete, den persönlichen Vorteil einzelner zu fördern auf Kosten der Allgemeinheit.

Dresden. Ein Schwindelmäher der Gelben. Endlich haben die Gelben etwas gefunden, worüber sie wie die hungrigen Wölfe herfallen. Ein Beamter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Kollege Schwarz, wird der Feigheit geziehen. In allen Tonarten wird in den gelben Organen und selbstverständlich auch in der bürgerlichen Presse über die „Feigheit“ der Führer der freien Gewerkschaften losgezogen. Nur schade, daß hier die Gelben und deren Beschüger ihrem lesenden Publikum etwas vorköhen, was zu 99 Prozent aus Schwindeln besteht. Die Sache, um die es sich handelt, ist kurz folgende: Am 4. März 1914 fand für die Firma Jca eine Betriebsversammlung statt, wo unser Kollege Schwarz über die Werkvereinsbewegung Deutschlands sprach. In dieser Versammlung waren auch die ganzen „geistigen gelben Intelligenzen“ Deutschlands vertreten, so die Oberbänden Glatho (Berlin), Schönknecht (Berlin), Reimann (Leipzig) und verschiedene andere Herren. Die Priegel, die hier die Gelben von unserm Kollegen Schwarz bekamen, waren so schönhaft, daß sie sprachlos wurden. Nur lobte man in dieser Versammlung herauszubekommen, daß die Gelben in späterer Zeit eine Betriebsversammlung für die Jca arrangieren wollten, in der sie auf die Angriffe des Kollegen Schwarz Rede und Antwort stehen würden. Wochenlang ließen nun die Gelben nichts von sich hören, bis dann endlich Ende April Kollege Schwarz einen eingeschriebenen Brief vom Vorsitzenden des Werkvereins der Jca, eines gewissen Grünberg, bekam. In diesem Brief wurde angekündigt, daß der Werkverein Jca für den 2. Mai eine Betriebsversammlung vorgesehen habe, in der die angekündigte Widerlegung der Behauptungen von Schwarz erfolgen sollte. Dem Kollegen Schwarz wurde zugesichert, jedem Redner sofort antworten zu können. Also wohlgerichtet: Die Gelben luden Schwarz zu einer Betriebsversammlung ein! Da wir nun über die Vorgänge im gelben Lager ziemlich gut unterrichtet sind, bekamen wir bald heraus, daß die Gelben keine Betriebsversammlung, sondern eine reine Werkvereinsversammlung veranstalten wollten. In allen Dresdener Betrieben, wo Werkvereine bestehen, wurden an deren Mitglieder Handzettel mit folgendem Wortlaut in Umlauf gebracht: „Alle Werkvereinsmitglieder werden dringend ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen, damit wir den Berliner Kollegen beweisen können, daß wir ihrer Unterstützung würdig sind. Insbesondere werden die Ausführungen des Referenten für die Mitglieder von äußerster Wichtigkeit sein. Gleichzeitig gilt es, dem Herrn Schwarz zu zeigen, daß wir Mann für Mann zusammenhalten, wenn es gilt, die Werkvereinsinteressen zu vertreten. Es ist aber auch gleichzeitig Pflicht aller Werkvereinsmitglieder, einen jungen und kleinen Verein, wie es der Werkverein Jca ist, nicht im Stich zu lassen. Ich gebe daher der Hoffnung Raum, alle Werkvereinsmitglieder in dieser Versammlung begrüßen zu können. Diese Einladung ist in die Versammlung mitzubringen. Otto Grünberg, Vorsitzender.“ Weiter fügte wir hinzu, daß die Arbeiterkraft der Jca (800 Personen) einen Handzettel ausgehändigt bekam, auf dem der Versammlungsbeginn auf 5 Uhr anberaumt war. Das Versammlungstafel selbst faßt knapp 400 Personen. Die Werkvereinsleiter der Firma J. M. Lehmann jedoch erhielten Einladungshefte, auf denen der Versammlungsbeginn bereits auf 4 Uhr angesetzt war. Um ja sicher zu gehen, daß dieses Versammlungstafel nicht von Mitgliedern der freien Gewerkschaften vorher besetzt werden konnte, bemerkten die Gelben auf ihrem Handzettel, daß nur gegen Vorzeigung des Einladungszettels Eintritt gestattet sei. Der Zweck der Uebung ist ohne weiteres klar. Die Jca arbeitet Sonntags bis 5 Uhr. In den Betrieben, wo Gelbe in größerer Zahl vorhanden sind, ist mittags 1 oder 3 Uhr Arbeitsruhe. Würden also die Werkvereinsmitglieder der Weisung ihrer Führer gefolgt sein, so wäre der kleine Saal im „Kaiser Barbarossa“ von Gelben längst besetzt gewesen, ehe die Arbeiterkraft der Jca dort erscheinen konnte. Die Gelben waren außerdem durch ihre Hauptlinge ziemlich gut darüber unterrichtet, wann sie ihren Rednern Beifall spenden und Applaus und Lärm machen sollten, falls Redner der freien Gewerkschaften zum Wort kämen. Unter solchen Umständen erscheint es wohl selbstverständlich, daß die freien Gewerkschaften auf den plumpen Schwindeln nicht hereinfielen. Deshalb wurde dem Versammlungsleiter ein Brief unseres Kollegen Schwarz übermittelt, in dem dieser es ablehnte, in einer Versammlung zu erscheinen, die unter falscher Flagge segelt! Schwarz teilte weiter dem Versammlungsleiter mit, daß er zu jeder Zeit in der Öffentlichkeit Rede und Antwort über seine Behauptungen über die gelbe Bewegung stehen würde. Nur stellte er die Bedingung, daß, wenn die Gelben der einladende Teil sein sollten, ein Lokal gewählt werde, das mehrere tausend Personen faßt. Wahrscheinlich werden die Gelben auf dieses Angebot nicht eingehen, da ja die sogenannte Betriebsversammlung der Jca am 2. Mai 1914 bewiesen hat, daß die Gelben trotz allen Sammens und Flehens ihre Leute nicht in die Versammlung beladen, denn es waren nach eigenen Angaben nur ungefähr 200 Gelbe erschienen, darunter eine größere Zahl von Freunden und Gönnern der Gelben. Daß nicht mehr kamen, liegt wohl weniger an mangelhafter Agitation der Gelben als daran, daß viele Arbeiter den gelben Werkvereinen nicht aus Liebezeugung angehören, sondern nur dem Zwange gehorchend. Sollten also die Gelben mit ihrem Schwindeln über die „Feigheit“ des Kollegen Schwarz die schönsten Geschichten aufstellen, dann weiß nunmehr die Arbeiterkraft, wie sie die gelben Verführer von Freiheit und Recht einzuschätzen hat. Singulieren wollen wir noch, daß die Gelben ja schon einmal der Versuch mit einer Betriebsversammlung gemacht hatten, und zwar für die Arbeiterkraft der Firma Siemens Müller. Bezeichnend ist es, daß über diese Versammlung keine Zeile geschrieben wurde, nicht einmal im Leitorgan der Gelben, im Bund. Es ist dies ja schließlich zu verstehen, denn auch hier haben die Gelben alles andere als Vorbeeren gemeint. Möglich ist es auch, daß die Gelben von oben herab Weisung erhalten hatten, über die Versammlung nicht zu berichten. Im übrigen werden wir, da sich jetzt die bürgerliche Presse mit Versammlungsberichten der Werkvereine füttern läßt, auch mehr über die Gelben berichten, als vielleicht diesen Herren lieb sein dürfte. — Nachschärf! Als mir im Begriff waren, Vorlesendes zur Post zu bringen, kam uns die neueste Nummer des Zentralorgans der Gelben, der Bund, unter die Finger. Nämlich eine ganze Seite wurde einem Versammlungsbericht über die oben erwähnte Werkvereinsversammlung gewidmet. Wie vorzüglich es die Gelben verstehen, die Wahrheit in das Gegenteil zu verandern, beweist unter anderem die Behauptung, daß Kollege Schwarz einen Brief an Grünberg geschrieben, in dem er gefordert habe, daß, wenn die Gelben eine Versammlung einberufen, nur die Mitglieder der freien Gewerkschaften geladen werden dürfen. Diese Behauptung haben sich die Gelben rein aus den Fingern gezogen. Schwarz hat nur geschrieben, daß er zu jeder Zeit bereit sei, auch in einer Versammlung, zu der die Gelben der einladende Teil sind, zu erscheinen und seine Behauptungen über die Werkvereine zu widerlegen. Er hätte allerdings daran die Bedingung, daß das zu wählende Versammlungstafel groß genug sei, um einige tausend Personen zu fassen und daß allen Rednern der freien Gewerkschaften unbeschränkte Redezeit zu gewährt sei. Wenn weiter berichtet

wird, daß sich die gelben Redner besonders über vorgelommene Unrechlichkeiten innerhalb der freien Gewerkschaften entrüstet haben, so dürfte doch gerade der Leiter dieser Versammlung genau wissen, daß es etwas auch in anderen Kreisen vorkommen kann. Der Herr Grünberg könnte sicher sein, den größten Dresdener Saal bis auf den letzten Platz füllen zu können, wenn er einmal seinen Lebenslauf schildern wollte.

Sartha (Stadt). Bei der Firma Wilhelm Gohler (Fabrik für Drahtkugeln und Drahtweberlei in Sartha) ist ein fortgesetzter Wechsel unter den Schloßern und Drehern. In vielen bürgerlichen Zeitungen werden Leute bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung gesucht. Fragen auswärtige Kollegen an, was für Lohn bezahlt wird, so heißt es: Nach Leistungen. In der Regel schlägt die Firma die Leistungen der Arbeiter sehr niedrig ein; es erhalten jüngere Schloßer nicht mehr als 30 bis 32 1/2 die Stunde. Bei dieser Bezahlung lehren die meisten dem Betrieb gleich wieder den Rücken. Um aber stets genügende Arbeitskräfte zu haben, werden Schloßer und Dreher auf Vorrat eingestellt, so daß es mitunter auch geschieht, daß die Firma mehr Leute eingestellt hat als untergebracht werden können. Da weiß man sich aber schnell zu helfen. Leute, die schon einige Wochen im Betrieb sind und sich durch höhere Lohnforderungen unangenehm bemerkbar gemacht haben, werden kurzerhand entlassen und die Firma ist wieder im Besitz von billigen Arbeitskräften. Trotzdem in diesem Betrieb laut Fabrikordnung acht Tage Kündigung besteht, werden neue Leute auch ohne Kündigung eingestellt. Wir warnen deshalb die Kollegen davor, auf die Arbeitsangebote dieser Firma hereinzufallen, besonders die Verheirateten, da hier keine weitere Arbeitsgelegenheit vorhanden ist.

Leipzig. Berichtigung. Der Bericht über die Generalversammlung der Verwaltungstelle Leipzig in Nr. 19 bringt meine Ausführungen in einer Form, die zu falschen Auslegungen geführt hat. Zu dem angeblichen Mißverständnis der Kollegen führte ich aus: „Wenn die Entscheidungen des Vorstandes sich mehr, durch die er den Kollegen die Unterstützung der Organisation insolge formaler Verstöße gegen das Statut verweigert, trotzdem sich die Instanzen über die Berechtigung des Streiks einig sind, raubt er den Kollegen nach und nach die eigene Initiative, die doch schon ein Teil des Erfolges ist.“ Zu der Aussprache über die Sperrung der Lokalkasse sagte ich: „Der Streit um die Lokalkasse wirkt die Frage der Organisationsform erneut auf. Die wirtschaftliche Entwicklung zeige auf allen Gebieten die Tendenz der Zentralisation, gegen deren Konsequenzen in der Organisation sich die Kollegen immer mehr wehren. Hier liegt ein organisatorisches Problem vor.“ E. Schilling. Wir haben den Bericht so gebracht, wie er vom Schriftführer eingeleitet worden ist. Die Redaktion.

Schönebeck a. d. Elbe. In der Metallindustrie Schönebeck a. d. Elbe (Weißbad) hat die gelbe Werkvereinsbewegung die Oberhand. Jeder neu eingestellte Arbeiter ist gezwungen, seinen Beitritt durch Unterschrift zu erklären. Die Behandlung der Arbeiter ist dort alles andere als gut. Dieser Tage wurde ein Lagerhalter entlassen, der sich laut Zeugnis als fleißiger und ordentlicher Mensch gezeigt hat. Was war der Grund zu dieser in der Zeit der Krise doppelt harten Maßregel? Infolge heftiger Zahnschmerzen hatte der Kollege mit Erlaubnis des Meisters die Hilfe eines Zahnarztes in Anspruch genommen. Die überaus heftigen Schmerzen gestatteten auch die Aufnahme der Arbeit am nächsten Vormittag nicht. Nachmittags erhielt der Kollege seine Entlassung mit der Bemerkung des Betriebsleiters: „Kranke Leute kann ich nicht gebrauchen, ich muß solche Leute im Magazin haben, die dauernd anwesend sind!“ Diese Behandlung sollte den irreführenden Metallarbeitern dieses Mutterbetriebes die Augen öffnen. Wie es diesem Kollegen erging, so kann es jedem ergehen. Jeder kann aus dem gleichen Grunde seine Kündigung erhalten. Solange aber die Arbeiter sich als Schutztruppe her Unternehmern gebrauchen lassen, erhalten sie die Behandlung, die sie verdienen. — Das heutige Gewerkschaftstafel kämpft seit 15 Jahren für die Errichtung eines Gewerkschaftstafels. Dahin zielende Anträge wurden im Stadtparlament teils höflich, teils heftig abgelehnt. Endlich gelang es, die Stadtvertretungen von Gr.-Salze und Schönebeck anfangs dieses Jahres von der Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Gewerkschaftstafels zu überzeugen. Die Wahlen von 12 Beisitzern wurden ausgeschrieben. Am 11. und 12. Mai fanden die Wahlen für die Arbeiter statt. Offen waren eingegangen vom Gewerkschaftstafel und vom gelben Werkverein der sacham belannten Metallindustrie (Weißbad), verbunden mit dem hiesigen hiesigen Arbeiterverein. Das Ergebnis der Wahl ist für uns erfreulich. Von 1447 abgegebenen Stimmen erhielt unsere Liste 1254, die der Gelben nur 189 Stimmen. Sämtliche Beisitzer werden vom Gewerkschaftstafel gestellt. Der Ausgang der Wahl ist für die Gelben niederschmetternd. Die Hälfte ihrer Mitglieder muß für unsere Liste gestimmt haben. Ein großer Teil der durch Gewalt in den Werkverein gepreßten und zusammengehaltenen Mitglieder flüchte noch so etwas wie Gemeinschaftsgefühl mit ihren organisierten Kollegen und verjagte den gelben Maschern die Gelbgläubigkeit.

Warel (Oldenburg). Die Automobilfabrik „Ganja-Automobilwerke“ in Warel und Bielefeld hat 1912 mit den Vertretern der in Frage kommenden Organisationen und dem Arbeiterausschuß als ständigen Vertreter der Arbeiterkraft einen Tarifvertrag abgeschlossen, der nach Ansicht der Arbeiter auch Günstigkeit haben sollte. Diese Ansicht scheint aber die Betriebsleitung nicht zu haben, denn sie verbot, sich um den Tarif herumzudrehen, oder mit anderen Worten: jetzt hat durchzuführen, was von der Betriebsleitung bei Abschluß des Tarifes mit Rücksicht nicht in den Tarif aufgenommen wurde. Die Vertreter der Arbeiter hatten verlangt, daß in den Tarif eine Bestimmung über eine etwaige Wechselschicht und die dafür zu gehörende Entschädigung aufgenommen werde. Das lehnte die Betriebsleitung unter Zustimmung der Direktion mit der Begründung ab, daß man gar nicht beabsichtige, jemals in Wechselschicht arbeiten zu lassen. Daraufhin wurde diese Bestimmung fallen gelassen. Aber bereits kurze Zeit nach Abschluß des Tarifes mochte die Betriebsleitung den Versuch, eine Doppelschicht einzuführen; es sollten die Schichtleute anstatt regelmäßig 9 1/2 Stunden nur 8 1/2 Stunden arbeiten. Als Ausgleich für die verlorenen dreiviertel Stunden wurde den Arbeitern von den Meistern geraten, nur ruhig soviel Lohn zu verdienen, wie sie sonst in 9 1/2 Stunden auch verdient hätten. Einen Aufschlag bekamen sie nicht. Leider gibt es unter den Kollegen immer noch solche, die nicht alle werden und die sich herbeilassen, die Wechselschicht unter diesen Bedingungen zu machen. Als der Arbeiterausschuß deswegen vorstellig wurde und einen Aufschlag von 20 Prozent — der bereits von vielen Werken gezahlt wird — verlangte, erklärte die Betriebsleitung, wenn die Arbeitervertreter auf einem Aufschlag bestanden, hätte die Wechselschicht für die Betriebsleitung keinen Wert mehr. Trotz dieser Erklärung wäre diese Schichtarbeit damals nicht unterblieben, wenn nicht die Arbeiter sie selbst auf Grund dieser Erklärung eingestellt hätten. Dennoch hatten es einige Kollegen bei dieser Schichtarbeit fertig gebracht, durch günstige Umstände und angestregtes Arbeiten bei 8 1/2 stündiger Schicht daselbe zu verdienen, wie sonst in 9 1/2 Stunden. Dies war des Meisters Herr! Sofort war das Kalkulationsbureau an der Arbeit, für alle Artikel andere Preise festzusetzen. Straubte sich ein Kollege dagegen, wurde er darauf hingewiesen, daß in 8 1/2 Stunden daselbe geleistet werden sei, wie in 9 1/2 Stunden. In anderen Fällen wurde die Stoppuhr zum Stand genommen und die Dauer der Arbeit nach Minuten festgestellt, so daß nunmehr kein Arbeiter möglich sein konnte. So ging es ein Jahr in Ruhe, weil auch die Krise einsetzte, die die Betriebsleitung zwang, die Arbeitszeit erst zum Teil, dann auch zeitweilig für das ganze Werk um eine Stunde zu verkürzen. Auch während dieser Zeit hat man bei einigen Kollegen wieder unliebsame Erfahrungen machen müssen. Als nun im laufenden Jahre sich die Bestellungen wieder etwas hoben, wurde zum zweitenmal versucht, die Doppelschicht durchzuführen. Auch jetzt wurde ein Aufschlag rundweg abgelehnt. Da es ungeeignet worden war, die Wechselschicht in den Tarif aufzunehmen, wurde auch jetzt wieder die Schichtarbeit von den Arbeitern der Dreherei vertweigert. Merkwürdigerweise gestiel sich jetzt die Betriebsleitung in der Rolle der Menschenfreunde und bejubelte den Arbeiterausschuß der Unkollegialität, weil er nicht zugeben wollte, daß durch die

Schichtarbeit einige Kollegen mehr untergebracht werden könnten. Einer der Herren hat sich sogar geäußert, daß der Vorstand, wenn er davon Kenntnis hätte, jedenfalls ein solches Verhalten nicht dulden würde. Daß die Herren einer Betriebsleitung immer anderer Meinung sind als die Arbeiter, ist ja leicht verständlich. Ein bewährter Fehler ist es aber, wenn sich immer noch Kollegen durch die vielen Anzeigen, die die Werksleitung in vielen großen Blättern erläßt, ohne vorherige Erlaubung verlesen lassen, nach Varel zu kommen, um dann bald wieder abreißen zu müssen. Es ist daher allen Kollegen zu raten, sich vorher bei der Ortsverwaltung zu erkundigen.

Wahlrecht. Eine sonderbare Bekanntmachung u. g. „Für Wahlberechtigte, die in der Stadt Wülfrath wohnen, findet bis auf weiteres keine Arbeitsvermittlung statt.“ So lautet eine Bekanntmachung des Wülfrather Fabrikantenvereins. Doch taucht die Frage auf: Was haben die Wülfrather Arbeiter denn verbrochen, daß sie bis auf weiteres in Wülfrath nicht mehr eingestellt werden sollen? Gaben doch die Wülfrather Fabrikanten bisher mit Vorliebe Arbeiter aus der Umgegend eingestellt, in der Hoffnung, in diesen willigeren und billigeren Arbeitskräfte zu erhalten als in den Ortsansässigen. Aber auch hierin scheinen die Wülfrather Fabrikanten um eine Erleichterung reicher geworden zu sein. Doch liegt der Grund zu dieser Maßnahme nicht in dem Verhalten der Wülfrather Arbeiter. Den Anlaß zu dieser Maßnahme hat die Stadtverordnetenversammlung in Wülfrath gegeben, in der die Arbeiter nichts zu sagen haben, weil sie dort nicht vertreten sind. Am 29. März ging bei der Wülfrather Stadtverwaltung folgendes Schreiben ein: „In der hiesigen Stadtgemeinde wohnen mit ihren Familien eine große Anzahl Arbeiter, die dauernd in Fabrikbetrieben, die im Bezirk der Stadt Wülfrath gelegen sind, beschäftigt werden. Durch diese Personen erwachsen der öffentlichen Gemeinde für Zwecke des öffentlichen Volksschulwesens, der öffentlichen Armenpflege, und für politische Zwecke nachweisbar Mehrausgaben, die eine unbillige Mehrbelastung der Steuerpflichtigen herbeiführen. Gemäß § 53 des R.-V.-G. erhebe ich deshalb hierdurch namens der hiesigen Stadtgemeinde bei der dortigen Stadtgemeinde für das Rechnungsjahr 1913 Anspruch auf Zahlung eines Zuschusses in Höhe von 5000 M. und beantrage Zahlung an die hiesige Stadtkasse.“ Es, jetzt ist's heraus. Die Stadt Wülfrath soll der Stadt Wülfrath 5000 M. dafür zahlen, daß im Jahre 1913 Wülfrather Arbeiter in Wülfrath gearbeitet haben und dadurch der Gemeinde Wülfrath „nachweislich“ erhebliche Mehrkosten für das Schul-, Armen- und Volkshauswesen entstanden sind. Wer läßt das? Zunächst beantragt man bei der Eisenbahndirektion, den derartige einzulegen, damit den Arbeitern Gelegenheit gegeben wird, frequenter nach der Arbeitsstelle zu gelangen, und nach dem diese Sonderzüge eingelegt worden sind, steht man ein, daß der Gemeinde dadurch Mehrausgaben erwachsen, daß die Leute noch in der Gemeinde wohnen, dort ihre Steuern entrichten und ihren Lebensunterhalt bestreiten! Oder sollte irgend etwas anderes die Ursache sein? Stehen vielleicht die Fabrikanten von Wülfrath hinter der Eingabe? Auch diese Herren müssen sich damit abfinden, daß die Arbeiter von Wülfrath keine Begehren haben, daß ihnen das Recht zusteht, wenn ihnen die Arbeitsverhältnisse in Wülfrath nicht mehr passen, anderwärts ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Wenn die Wülfrather Fabrikanten dieses verhindern wollen, so mögen sie zunächst in der Gemeinde gute Arbeitsverhältnisse schaffen. Was die Forderung von 5000 M. und deren Begründung anbelangt, so sagt der § 53 des Kommunalabgabengesetzes ausdrücklich, daß bei Bemessung eines derartigen Zuschusses auch die Vorteile (Steuervertrag der in Wülfrath wohnenden, aber in Wülfrath arbeitenden Arbeiter, Steigerung des Grundwertes u. s. m.) zu berücksichtigen sind. Es ist also noch eine Frage, ob die Vorteile, die Wülfrath hat, die Nachteile nicht überwiegen. Denn es sagt sich, daß die Kinder des Familienvaters, der Lohnende Beschäftigung hat, das Schulwesen nicht belasten, und daß auch von einem derartigen Arbeiter das Armenwesen nicht be-, sondern entlastet wird. Was die Belastung des Volkshauswesens anbelangt, so wissen wir nicht, ob die Wülfrather Polizei nicht mehr imstande ist, den Ort zu beherrschen, sobald einige Arbeiter die Stadt verlassen. Auch haben wir nicht gesehen, daß die auswärtig arbeitenden Arbeiter so verortet sind, daß, wenn sie abends heimkehren, ein verlässliches Polizeigewehr zur Stelle sein muß. Wenn wir auch die Forderung der Stadt Wülfrath nicht anerkennen können — auch die Stadtverordnetenversammlung Wülfrath hat sie nicht anerkannt und wartet die Entscheidung des Kreisenschlichters ab —, so können wir doch nicht begreifen, warum die Fabrikanten von Wülfrath einen Beschluß gefaßt haben, der letzten Endes von ihnen selbst nicht eingehalten werden kann. Für die Arbeiter von Wülfrath taucht aber die Frage auf, ob es in ihrem eigenen Interesse nicht besser wäre, derartigen Schikanen aus dem Wege zu gehen und ihren Wohnort aus dem geeigneten Gebiete Wülfraths zu verlegen, um die geliebte Heimat vor unnützer „Mehrbelastung“ zu bewahren.

Wahlrecht.

Vertraul. Arbeitsnachweisbericht für April 1914

Berufe	Arbeitslos waren am 1. April 1914	Arbeitslos geworden haben sich vom 1. bis 30. April 1914	Zu Arbeit nachweislich am 1. bis 30. April 1914	Arbeitslos waren noch am 30. April 1914
Ges. u. Wasser-Wahlrecht	324	104	71	278
Feiler	224	134	102	200
Heizungs-Monteur	148	64	20	152
Feiler	153	80	53	155
Zusammen	649	382	245	777

Unter den 245 Vermittlungen im April 1914 sind 91 nach folgender Tabelle gezeichnet:

Berufe	Dur Ausschüsse vermittelt wurden bis zum 30. April 1914	Bemittlung durch die Stadtverwaltung bis zum 30. April 1914	Summe der Vermittlungen bis zum 30. April 1914
Ges. u. Wasser-Wahlrecht	24	5	6
Feiler	27	4	5
Heizungs-Monteur	3	4	2
Feiler	4	5	2
Zusammen	58	18	15

Rundschau.

Reichstag.

Die schlimmsten Feinde des Parlamentarismus sind unerbittliche Parlamentarier. Wenn in der letzten Woche der Reichstag dem ersten Entwurf des Gesetzes über die Abgrenzung der Reichsgrenzen zustimmte, so ist eine besondere Leistung der Abgeordneten schätzbar. Es wird wohl schließlich nur noch der Form noch gefordert, die, die sich zum Leben verpflichtet glauben, herauszuwerfen, wenn die Reichsgrenzen so fest stehen und auch nach der Zeit zu richtigen Zeit in der Ordnung sind, der von einer kleinen Anzahl von westlichen Ländern besetzt ist. Das alles nur, damit man in der Zukunft die Bestimmungen über den Ein- und Ausgang von Waren und Gütern nicht nur als eine Last empfindet, sondern auch als eine Last empfindet, die in einem unerbittlichen Kampf und unter den Arbeitslosen aller Nationen zu bestehen ist, die in einem gewaltigen Kampfe das Schicksal der Menschheit zu entscheiden haben. Das dabei dringend auf die Bekämpfung der Dürre zu achten eine

Rolle spielt, braucht nicht verhehlt zu werden. Je länger, je mehr stellt sich das jetzt bestehende Diktatorregime als eine bewährte und schwere Schädigung der Volksherrschaft heraus.

Der Abschluß der Verhandlungen des Militäretats brachte noch verschiedene Zusammenstöße zwischen dem Kriegsminister und der linken, namentlich der Sozialdemokratie. Wenn trotzdem in der hiesigen Presse der Kriegsminister verhältnismäßig gut abgezeichnet hat, wenn man ihm die „Frische des Auftretens“ und die „Schlagfertigkeit seiner Antworten“ auf die gute Seite seines Kontos geschrieben hat, so ist dagegen doch zu bemerken, daß der Herr ein tieferes Eindringen in die politischen Angelegenheiten auf das Schmerzlichste vermissen ließ. Freilich mag er sein, nämlich nicht angekränkt von des Gedankenflusses; er schloßfertig zu sein bedeutet nicht, daß der rosch ausgeleitete Schlag auch wirklich gefessen hat. Es ist gar nicht zu beschreiben, welche Vorstellungen sich der Minister von der Sozialdemokratie im allgemeinen, von ihrer Stellung zum Heereswesen im besonderen, von der proletarischen Jugendbewegung und anderen Dingen macht. Die Ausschüsse, daß er es noch lernen wird, erscheinen uns sehr gering.

Dom Kolonialrat war die Dualfrage noch rückständig, deren Behandlung man vor Ostern abgebrochen hatte, um zunächst eine Untersuchungskommission an Ort und Stelle zu senden. Es handelt sich um die Verpflanzung der in der Stadt Duala in Kamerun wohnenden Neger an eine andere Stelle, ein Unternehmen, das naturgemäß nur im Wege der Enteignung durchzuführen ist. Wenn man auch die Absicht der Regierung, den Wohnplatz Duala durch Trennung der beiden Rassen gesünder zu machen, anerkennt, so sind bei der Ausführung offenbar noch große Fehler gemacht worden, die zu befehligen durchwegs in der Macht des Reichstages gelegen hätte. Aber im letzten Augenblick tauchte dann wieder das beherrschte Gespenst einer „Schädigung der Autorität“ und einer drohenden Aufstandsgeschichte auf, vor dem die Mehrheit des Reichstages tapfer zurückwich. Vielleicht hätte sich mit einiger Diplomatie ein anderer Ausgang dieser Sache erreichen lassen. So wie es schließlich gekommen ist, nämlich daß die Enteignungen der Duala-Neger ausnahmslos zurückgewiesen sind, hinterläßt die Angelegenheit das peinliche Gefühl einer unbefriedigenden Lösung.

Ueber die auswärtige Politik sprach in diesem Jahre nicht wie sonst der durch den Tod seiner Gattin in tiefer Trauer verlegte Reichskanzler, sondern der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr v. Jagow. Er bringt in die diplomatische Sprache eine besondere Note. Während seine Kollegen viele Worte gebrauchen, um nichts zu sagen, erreicht Herr v. Jagow dasselbe Ziel sogar schon mit wenigen Worten. Auch er behandelt die auswärtige Politik als eine Art von Geheimwissenschaft, die vor dem neugierigen Auge des Volkes möglichst zu bewahren ist. In der Sache selbst soll aber nicht verheimlicht werden, daß die deutsche Regierung offenbar von dem ernstlichen Streben geleitet ist, gute Beziehungen zu den fremden Mächten aufrechtzuerhalten.

Die Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform fand am 8. Mai in Berlin statt. Professor Dr. Reßler (Jena) sprach über das Koalitionsrecht und tadelt besonders, daß die Unternehmer im Kaufmannsgewerbe Organisierte nicht einstellen wollen oder ihre Gehilfen entlassen, wenn sie erfahren, daß sie Organisationsangehörigen. Mit scharfen Wendungen beurteilt der Redner das Verhalten des Direktors Swinnow von der Deutschen Bank, der dem Vertreter der Bankbeamten vorgeworfen, daß er ein befehltes Amt in seinem Verbands bekleide. Bedeutend mehr unter der Begründung des Koalitionsrechts als die Handlungsgehilfen hätten die Techniker zu leiden. Die großen Werke seien bemüht, das Koalitionsrecht der Techniker vollständig auszuwickeln. Die Techniker und industriellen Beamten stehen auch den Lohnarbeitern bedeutend näher als die Handlungsgehilfen. Ganz hervorragende industrielle Werke haben die Bestimmung im Vertrag, daß die Techniker sofort entlassen werden, sobald bekannt werde, daß sie dem Bund der technisch-industriellen Beamten angehören. Es sei dringend notwendig, Änderungen zu schaffen, einmal auf dem Gebiete der Gesetzgebung, aber auch auf dem Gebiete der Erziehung des gesamten Volkes. Dadurch, daß der Unternehmer die Arbeitskraft eines Angestellten oder Arbeiters kaufen, kaufe er noch nicht seine politische Bestimmung und seine persönliche Freiheit. Das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter müsse ebenso gestaltet werden wie das zwischen dem Wohnungsbauer und dem Wohnungsmieter. Es sei im Mittelalter gelungen, dem Handwerker einen goldenen Boden zu schaffen; es müsse heute auch gelingen, dem Arbeiterstande einen goldenen Boden zu schaffen. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Es folgte darauf eine längere Erörterung.

Zunächst sprach Schweißler vom Stande der technisch-industriellen Beamten, der sich im wesentlichen den Ausführungen des Professors Dr. Reßler anschließt. — Professor Dr. Hans Delbrück (Berlin) erwähnte ebenfalls im Grunde den Zustand der Arbeiterorganisationen. Er setzte jedoch in den letzten Arbeiterorganisationen eine Gefahr für das Wirtschaftsleben, da dadurch der Terrorismus sehr fühlbar werden könnte. Die gelben Gewerkschaften seien nicht für die Zukunft berechnete, immerhin sei ihre Erziehung zu begrüßen, da dadurch das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer noch aufrechtzuerhalten werde. Wenn diese Aufrechterhaltung auch nicht für alle Zeiten bestehen könne, so sei doch eine Zielvorgabe der Arbeiterorganisationen notwendig, um den Terrorismus der Arbeiter nicht erfordern zu lassen und um unnötige Streiks, die das wirtschaftliche Leben gefährden, abzuwehren. Es sei ferner, wenn Professor Reßler sage, das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter müsse herabgesetzt werden wie zwischen dem Mieter und Vermieter. Auch zwischen diesen bestehe zum Teil noch das patriarchalische Verhältnis; es gebe noch Vermieter, die sich schämen, die Mieter zu verlegen. (Lebhafter Widerspruch und Heiterkeit.)

Dr. Götte, Direktor des hiesigen Lehrerbundes, trat bei den Ausführungen des Professors Dr. Delbrück mit großer Entschiedenheit entgegen. Die Unternehmer würden am liebsten das Koalitionsrecht vollständig aufheben, heutzutage geben sich die Unternehmer alle Mühe, das Koalitionsrecht der Techniker und Ingenieure möglichst zu machen. Die Unternehmer gehen doch sogar so weit, daß sie verlangen, daß ihre Angestellten, Techniker und Ingenieure Streikarbeit machen. Wenn man erzeuge, daß es immer schlimmer wird, daß wirtschaftlich selbständig zu machen, daß die Zahl der wirtschaftlich Selbständigen immer mehr zunimmt, daß Angestellte von 40 Jahren immer noch eine Anwartschaft haben, wenn sie die Koalition der Arbeiter und Angestellten eine dringende Notwendigkeit. Bedenklich sei es, daß der Staat und die Gemeinden das Koalitionsrecht ihren Angestellten und Beamten, auch den Staatsarbeitern, nicht gestatten, daß Arbeiter und Angestellte vom Staat entlassen werden, wenn sie sich einer Organisation anschließen. Der liberale Grundgedanke von dem Staat der Rechte und daß der Staat lediglich der Schutz der Einzelnen sei, habe sich längst überlebt. Es könne wohl kaum einen berechtigten Menschen geben, der der Ansicht sei, daß der Arbeiter der wirtschaftlich Schwächere sei. Die gelben Organisationen würden lediglich die Unternehmer ihre Organisation. Wenn die Unternehmer ihre Unternehmung zurückziehen, dann sollen sie in sich zusammenfallen. Bedenklich sei es nur, daß die Gelben von ihren Mitglidern verlangen, daß sie ihr Wahlrecht gegenüber der Unternehmer ausüben sollen. Er habe eine Reihe von Fällen, in denen Kaufleute von Arbeitern gezwungen worden sind, der gelben Organisation beizutreten, daß sie auch bei Wahlen immer für diese für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben. Der deutsche Lehrerbund habe sich nicht angeschlossen, sondern im Gegenteil. Er habe sich aber mit dem Streben der Ausgestaltung des Koalitionsrechts aufrecht zu halten es als ein Recht der Gesetzgebung, für strenge Befolgung des Koalitionsrechts einzutreten. (Lebhafter Beifall.)

Steiger Berner (Essen) teilte mit, daß im Westpreußen eine ungewisse Begehrung der Arbeiterorganisationen bestehe. Ein

Koalitionseffektor sei dort von Unternehmern besoldet worden, um die Risse der Organisten auszufüllieren. — Bankangestellter Mart bezeichnete die gelbe Organisation als eine Sumpfpflanze der Arbeiterbewegung, die nur den Zweck habe, Unfrieden in die Reihen der Arbeiter zu tragen und die Besserstellung der Arbeiter zu verhindern. Abgeordneter Robert Schmidt (Berlin) trat ebenfalls mit großer Entschiedenheit den Ausführungen des Dr. Delbrück entgegen. Es sei in keiner Weise bewiesen, daß durch die großen Koalitionen der Terrorismus gefördert werde; im Gegenteil, das müsse der Professor der Geschichte wissen: in England herrschte großer Terrorismus, solange dort die Arbeiter unter Ausnahmegesetzen standen. Wenn die Arbeiter einen höheren Lohn und bessere familiäre Einrichtungen fordern, so sei das eine Kulturforderung. Dagegen bestrebe gerade bei den Unternehmern eine Organisation, die darauf abziele, den wirtschaftlichen Frieden zu stören. Das seien die Syndikate. Wenn die Kohlen um eine Mark teurer werden, so sei das ein fürchterlicher wirtschaftlicher Schaden für die Allgemeinheit und für die Industrie, wenn dagegen der Arbeiter nur einen Pfennig Lohn mehr erhalte, so komme das der ganzen Kultur zugute.

Sohlisch (Berlin) vom Bund der technisch-industriellen Beamten wünschte die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Korporationen. Er sei jedoch der Ansicht, daß unter den heutigen Umständen ein derartiges Gesetz einen reaktionären Charakter erhalten könnte; dies würde zum Schaden der Angestellten und Arbeiter ausfallen. — Steigerwald (Köln) von den christlichen Gewerkschaften stellte sich vollständig auf den Standpunkt des Professors Dr. Reßler und bezeichnete die gelben Gewerkschaften, die lediglich Unfrieden in die Arbeiterbewegung bringen sollen, als nicht nur überflüssig, sondern schädlich.

Professor Dr. Reßler schloß im Schlußwort den Ausführungen Sohlischs bei. Er bezeichnete es als erfreulich, daß Dr. Delbrück das Wort genommen habe. Dies habe zu mancher Anregung Veranlassung gegeben. Durchschlagend für die Notwendigkeit und Gefährlichkeit großer Koalitionen für das wirtschaftliche Leben sei, wie Abgeordneter Robert Schmidt richtig ausführte, der Buchdruckerverband, der, obwohl mindestens 90 Prozent aller Buchdrucker dem Verbands angehören, nur ein Verband sei, der den wirtschaftlichen Frieden im Gewerbe seit vielen Jahren gewahrt habe. Die gelben Gewerkschaften werden sich vielleicht noch einige Zeit halten, da sie einmal von den Unternehmern gefördert und unterstützt werden, andererseits es immer noch Leute gäbe, die der Ansicht seien, es sei ihnen möglich, eine wirtschaftliche Selbständigkeit zu erlangen, wie ganz besonders bei den Bäckern und Fleischern. Im übrigen habe die Erfahrung gelehrt, daß die großen Organisationen lediglich zur Förderung des wirtschaftlichen Friedens beitragen und die Streiks nach Möglichkeit vermeiden. Es sei unmöglich, angesichts der ungeheuren wirtschaftlichen Entwertung, daß die Arbeiter der Unternehmern ohne Koalition gegenüberstehen.

In der Nachmittagsung sprach Abgeordneter Justizrat Bell (Essen) über den Erfinderschutz. Alsdann brachten die verschiedenen Berufsvertreter ihre Klagen vor. R. Richter vom nationalen Kartellverband der Gasthausangestellten und der Sekretäre des Reichsverbandes der Gasthausangestellten Wilhelm Cremer (Berlin) erwähnten, daß die Gasthausangestellten eine ungemein lange Arbeitszeit haben, daß ihr Lohn keineswegs ein auskömmlicher sei und daß ganz besonders ein Schutz der Jugendlichen nötig sei. Auch sei es erforderlich, die Gasthausangestellten unter die Sozialversicherung zu stellen. — Steiger Berner (Essen) entwarf ein krautiges Bild von der Lage der Arbeiter in den Bergwerksgebieten. — Steiger (Berlin) entwarf ein Bild von dem Krankenpflegepersonal, das bei schlechter Entlohnung ungemessen lange Arbeitszeit habe. Es sei erforderlich, auch die Krankenpfleger unter die Sozialversicherung zu stellen. — Dr. Jahn (Berlin) und Schönlank (Leipzig) sprachen über die Lage der Bureauangestellten. Der Präsident der Gesellschaft deutscher Bühnengänger, Gustav Ruff, führte aus, der Beruf der Schauspielerei sei eigentlich kein Beruf, denn die große Mehrheit der Schauspielerei sei nur in der Lage, sechs Monate lang zu arbeiten, also auch nur sechs Monate lang zu verdienen. Ein sehr großer Teil der Schauspielerei, nämlich 60 Prozent, habe ein Einkommen von kaum 1000 M. jährlich. — Breitel vom Allgemeinen Deutschen Musikerverband entwarf ein ebenso trauriges Bild von den Musikern, die mit den Militärs und Beamtenmusikern seit vielen Jahren einen heftigen Konkurrenzkampf führen.

Der Vorsitzende, Freiherr v. Berlepsch, dankte darauf den Rednern, daß sie der Gesellschaft viel Belehrung und Anregung gegeben haben. Der wichtigste Gegenstand der Tagesordnung sei zweifellos der erste über das Koalitionsrecht gewesen. Die Gesellschaft stehe von jeher auf dem Standpunkt, daß das Koalitionsrecht den Arbeitern voll gewährt werden müsse. Er wolle den einzelnen Arbeitern, die sich der gelben Gewerkschaft anschließen, keinen Vorwurf machen; jedenfalls aber könne die gelbe Gewerkschaft nicht als Arbeitervertretung angesehen werden. (Lebhafter Beifall.) Die Gesellschaft für Soziale Reform werde sich sehr bald mit dem Erfinderschutz beschäftigen und hoffe, daß es ihr gelingen werde, ein gutes Ergebnis zu erzielen. Auch beim dritten Punkt der Tagesordnung habe die Gesellschaft für Soziale Reform viel Anregung erfahren. Es sei ja ein krautiges Bild entworfen worden. Die Gesellschaft für Soziale Reform werde die vorgebrachten Klagen in Erörterung ziehen, jedenfalls sei den Rednern zu danken, daß sie der Gesellschaft eine gute Unterlage gegeben haben, um dem bekannten Ausspruch, es müsse in der Sozialreform eine Pause eintreten, einen gewissen Widerspruch der Öffentlichkeit entgegenzusetzen. In der Hoffnung, daß es sehr bald gelingen werde, in sozialer Beziehung Besserung zu schaffen, und ein freies wirtschaftliches Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern herbeizuführen, schloß der Vorsitzende Freiherr v. Berlepsch die Generalversammlung.

Arbeiterversicherung.

k. Götze. Wie dringend notwendig auch in Thüringen ein besserer Arbeiterschutz und eine Verkürzung der Arbeitszeit ist, zeigt uns die Unfallhäufigkeit. Wer da weiß, mit welcher Hast in den Betrieben der Metallindustrie gearbeitet wird, der weiß auch nur zu gut, daß die meisten Unfälle infolge Ueberanstrengung sich ereignen. Die Verunglückten werden überflüssig und die in der freigeordneten Arbeitsstellen nachfolgenden sind den gleichen Gefahren ausgesetzt. Wie schwer die verunglückten Kollegen und Kollegen aber als Kranke oder Verunglückte um ihr Dasein zu kämpfen haben, erfahren wir aus den Kämpfen, die sich regelmäßig vor dem Oberverwaltungsamt abspielen. Es handelt sich da in der Tat nicht mehr um Verunglückte für das durch den Unfall erdangene Lohnentkommen, sondern es ist ein ordentlicher Kampf, den die Verunglückten führen müssen. Die Ärzte der Berufsgenossenschaften entscheiden immer gegen den Arbeiter und meistens wird dann bei der Rechtsprechung das Argument zugrunde gelegt, denn wir sind Laten, wir können das nicht beurteilen, betont mitunter ausdrücklich der Vorsitzende des Oberverwaltungsamts. Obwohl doch gerade von den sachkundigen „Laten“ das Urteil zu fallen ist. Wie nun, wenn in einer Unfalluntersuchungssache drei Ärzte drei verschiedene Gutachten abgeben. Wer hat da recht? Und wie sollen sich da die Richter verhalten bei der Urteilsfindung? Ist es denn da nicht besser, die Richter verlassen sich auf sich selbst und auf das, was der Zustand ihnen bietet und der Klagen Teil vorbringt? In einem Falle wurde der Kranke wegen Herz-Kreislauferkrankung aus der Heilanstalt entlassen. Es wurde eine Rente von 50 Prozent gewährt, dann 30 Prozent, und vor einigen Monaten wurde die Rente entzogen, weil ein Arzt der Berufsgenossenschaft bescheinigt hatte, es befänden keinen Unfallfolgen nicht mehr. Der Unfall war durch schweres Heben entstanden und als Herz-Kreislauferkrankung bezeichnet worden. Ein anderer Arzt erklärte in einem Gutachten, der schon vor dem Unfall bestanden habe, doch sei eine Erwerbsbehinderung von 15 Prozent vorhanden. Ein anderer Arzt hält den Verlust der Arbeitskraft von mindestens 30 Prozent noch für vorliegend. Bei der Urteilsfindung erklärte der Vorsitzende, daß sich das Gericht auf den mittleren

Standpunkt gestellt und dem Kläger eine 15prozentige Rente zugesprochen habe. Es sei eine recht schwierige Entscheidung gewesen, da sich drei ärztliche Gutachten gegenüberstünden. Der Kläger aber behauptet in überzeugender Weise, daß ihm die Unfallrente völlig zu Unrecht um die Hälfte gekürzt worden sei. — Für eine "arge Verhinderung" der rechten Hand zahlte die Berufsgenossenschaft an einem 26 Jahre alten Arbeiter, der in eine Maschine gekommen war, eine Rente von 50 Prozent. Wer die Hand sieht, wird sagen, daß eine "Beförderung" nicht möglich, denn die zwei Mittelfinger fehlen ganz, die übrigen sind ganz verkrüppelt. Und obwohl hierbei auch der Arzt erklärt hatte, es sei die 50prozentige Rente als angemessen zu betrachten, setzte doch die Berufsgenossenschaft diese Rente um 10 Prozent herab. Die Berufung war von Erfolg. Die Berufsgenossenschaft wurde zur Weiterzahlung der alten Rente verurteilt. Der Mann wird jetzt gegen einen geringen Tagelohn von der Stadtverwaltung beschäftigt. — Eine Klage des Schlossers S. M. in Zella richtete sich gegen die Rentenabgabe, weil der Arzt der Stahl- und Eisenberufsgenossenschaft "Gedöhrnung" festgestellt hatte. Der Arzt des Oberberufungsamtes war für 10 Prozent und sagte, wenn weitgehende Gedöhrnung eingetreten ist, so kann infolge der Durchschneidung der Sehnen und Nerven des rechten Vorderarmes von einer Befreiung der Unfallfolgen nicht die Rede sein. Der Verletzte hatte sich noch besonders von einem Arzt untersuchen lassen, der die Weiterzahlung der Rente für notwendig hielt. Kläger erschien selbst vor dem Gericht und machte seine Beschwerden geltend, gegenwärtig bekomme er überhaupt nirgends Arbeit, weil es genug gesunde Leute gäbe und er wegen der großen Gefühlslosigkeit in den Arm auch nicht jede Arbeit annehmen könne. Das Gericht kam zu einer Verurteilung der Berufsgenossenschaft. Kläger soll 20 Prozent Rente weiter erhalten. Die Unfallfolgen seien glaubhaft (!) nachgewiesen. — Ein anderer Arbeiter mußte sich ärztlich untersuchen lassen und die Berufsgenossenschaft wurde zum Erfolg der Arbeitsvermittlung herangezogen. Auf Grund der Forderung sollte die Rente um 10 Prozent herabgesetzt werden, denn diese Summe zeige, daß Unfallfolgen nicht mehr bestehen, sondern Gedöhrnung eingetreten sein müsse. Doch das Gericht hob auf Grund des Uratgutachtens den Endbescheid der Berufsgenossenschaft auf und verurteilte sie zur Weiterzahlung der bisherigen 20 Prozent Rente. — Noch sechs weitere ähnliche wichtige Entscheidungen fällt das hiesige Oberberufungsamt in der gleichen öffentlichen Sitzung; sie beziehen sich sämtlich auf unsere Berufskollegen. Darum mehr Arbeiterschutz!

Streikbrecheraten.

Auch christliche Arbeiter haben unter solchen zu leiden. Wie die christliche Gewerkschaftspresse mitteilt, haben sich die — zum Teil durch die Zensurpresse herbeigerufenen — Arbeitswilligen auf der Grube S o f e n b a c h schwere Ausschreitungen zuschulden kommen lassen. Am Sonntag dem 26. April kam es zunächst früh im Zechenhaus zu heftigen Aufritten; am Nachmittag ereigneten sich in der Wirtenschaft von Schmitz lebhafteste Kräfteereignisse, wobei eine Anzahl Gegenstände zertrümmert und der Wirt verletzt wurde. Die Hauptthemen wurden schließlich durch den Gehörnenen verfaßt, ebenso ein anderer Arbeitswilliger, der einen Streikenden hinterücks niedergeschlagen hatte. Dann machte ein mit Messern bewaffneter Trupp der nächsten Elemente eine Runde durch die Drischaffen, unter den Frauen und Kindern Schreien und Entsetzen verbreitend. Klagen rief der christliche Bergknabe aus: "Solche Elemente, die teilweise monatelang ohne Beschäftigung waren und keine erwerbende Verganzenheit haben, sind für Hofenbach angemessen und werden unter polizeilichem Schutz vom Bahnhof zur Grube gebracht. Wie es heißt, sollen die Verhafteten durch andere ersetzt werden. Hoffentlich wird auch die Gemeinde Vorkehrung treffen und die Unterhofsstände der Verhafteten bergwärts, damit bei notwendigen Massenverhaftungen auch Platz genug vorhanden ist."

„Schüler der Kassenmarke.“

Auf unsere Notiz in Nr. 18: „Der „christliche“ Metallarbeiterverband eine — Versicherungs-gesellschaft?“, die auch in einer Anzahl anderer Veröffentlichungen erschienen ist, hat der „christliche“ Deutsche Metallarbeiter in seiner Nr. 19 mit einer 116 Zeilen langen Schimpfepistel geantwortet. Wer unsere Notiz daraufhin prüft, ob darin die Kassenmarke geschickt werden, wird vergeblich danach suchen. Aber dem „christlichen“ Blatte ist es eben nach echter „Christenart“ nicht um den Teilbestand zu tun, sondern darum, ihn zu verdunkeln. Den „Christlichen“ wurde in unserer Notiz lediglich zum Vorwurf gemacht, daß sie ihre Forderung auf Zurückzahlung der Streikunterstützung damit begründeten:

Der christliche Metallarbeiterverband sei keine Vereinigung im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung, er sei vielmehr eine Vereinigung von gewerblichen Arbeitern, mit dem Zweck, die Erreichung günstiger Existenzbedingungen nur im allgemeinen zu erstreben. Demzufolge handle es sich bei dem vorliegenden Schuldbetrage eigentlich nicht um eine Streikunterstützung, denn nach den Statuten sei der Streik nicht alleinige Ursache, sondern nur Verbindung der Unterstützung; es sei gleichsam ein Versicherungsfall; sondern der Betrag wäre ein ernstlich gewolltes Darlehen, da der Besagte die Unterstützung nicht bekommen habe, weil er freitritte, sondern vielmehr, weil er Mitglied des Verbandes gewesen sei.“

Darauf geht das „christliche“ Blatt in seiner Schimpfepistel wohlweislich nicht näher ein, es versichert aber, der „christliche“ Metallarbeiterverband bleibe „die selbständige Interessenvertretung seiner Mitglieder“. Auch sei Berufung gegen das Schöffengerichtsurteil eingelegt. Das Blatt spielt dann die Sache auf ein anderes Gebiet über und unterstellt uns, wir wollten Kassenmarke schüren. Unsere Haltung wird als unmoralisch hingestellt, die „offenkundig vor aller Welt klar zutage liege“, wenn man bedenke, daß es in einem Verwaltungsreglement für die Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes heißt: „In außerordentlichen Fällen ist der Vorstand berechtigt, Unterstützung auch an solche Mitglieder zu gewähren, welche nur 13 Wochen dem Verband angehören und 13 Wochenbeiträge geleistet haben. Die gewährten Unterstützungen sind Darlehen, worüber die Empfänger Schuldscheine auszustellen haben.“

Warum gibt das „christliche“ Blatt nicht an, in welchem Verwaltungsreglement das steht? Der Satz steht im Reglement von 1893 und er wurde nur kurze Zeit in einigen Fällen angewendet, ist längst außer Geltung. Das weiß das „christliche“ Blatt ganz genau. Aber seine „christlichen“ Grundsätze erlauben ihm das Plumpen. Was es dann noch über ein Vorkommen beim Düsseldorf-Klempnerstreik von 1910 redet, können wir nicht beurteilen, vielleicht lassen sich unsere Düsseldorf-Freunde darüber aus.

Sitz-Durchsetzer.

„Deutsche Arbeiter, werdet einig!“ Damit schließt der Regulator seinen Leitartikel in Nr. 20 vom 15. Mai 1914. Diese „Einigkeit“ soll erzielt werden „auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung, gemeinsam am Fortschritt der Arbeiterbewegung mitzuarbeiten“. Warum kommt aber der Regulator überhaupt zu diesem Programm? Der Artikel ist überschrieben: „Die gelbe Bewegung.“ In den einleitenden Sätzen werden die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften für die gelbe Bewegung verantwortlich gemacht. Diese hätten durch ihre Tätigkeit unbewußt den Boden für die gelbe Bewegung bereitet. „Die Gewerkschaften waren stolz, ihre Mitgliederzahlen schwellen ja an, weiter dachten sie nicht.“ Freilich, wenn die Gewerkschaften es so gemacht hätten wie die Sitz-Durchsetzer, wenn sie die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gepredigt und nur „Kassenpolitik“ mit 10 und 20 % getrieben hätten, dann hätten die Unternehmer sich auf die Dauer beruhigen können, denn auf die Sitz-Durchsetzer hätten die Unternehmer gepiffen. Die Sitz-Durchsetzer sind aber im Laufe der Zeit unter dem Zwange der Verhältnisse von der ihnen durch Dr. Max Stirz gegebene Grundlage etwas abgewichen. Und so sehen wir, daß selbst „Freiwillige“ ihr Heil mit den Gelben versuchen.

Was nun die Förderung der Einigkeit unter den Organisationen betrifft, so hat der Sitz-Durchsetzerische Maschinenbauverein ja erst

vor kurzer Zeit eine lehrreiche Erfahrung mit den „Christlichen“ gemacht. Einigkeit, gemeinsames Handeln kann nur erreicht werden durch enge organisatorische Verbindung. Davon ohne jede Bedeutung für die Wirklichkeit.

Vom Ausland.

Schweiz.

Von der schweizerischen Uhrenindustrie. Diese hat überraschenderweise im Krisenjahr 1913, mo andere Gewerbe und Industrien mehr oder weniger geschäftlich bedrängt waren, noch recht gut abgekommen. Nach dem jüngst im schweizerischen Bundesblatt veröffentlichten Jahresbericht des Finanz- und Zolldepartements verlängerten 1913 815 038 goldene und 2 986 651 silberne Uhrengehäuse auf den schweizerischen Kontrollämtern zur Abstempelung gegen 829 832 und 2 982 033 1912. Demnach erhöhte die Zahl der abgestempelten goldenen Uhrengehäuse eine Verminderung um 14 814, die der silbernen aber eine Vermehrung um 4588. Die Gesamtzahl der goldenen und silbernen Uhrengehäuse verminderte sich um 10 226 von 3 811 915 auf 3 801 689 1913. Dazu kommen aber noch 44 888 goldene und 801 774 silberne Uhrengehäuse, die in der Schweiz fabriziert wurden, für England bestimmt waren und dorthin zur Abstempelung gesandt werden mußten, womit die Gesamtzahl der abgestempelten goldenen und silbernen Uhrengehäuse auf 4 648 351 Stück sich erhöht gegen 4 470 200 1912, so daß sich für 1913 eine Mehrproduktion von 178 151 Uhrengehäusen ergibt.

Wie im Jahre 1912 hat auch im Berichtsjahre die Herstellung von Armbändern allen Art wesentlich zu dem glänzenden Ergebnis beigetragen.

Geflegten sind auch die Einfuhr und Ausfuhr von Uhren und Uhrenbestandteilen. So wurden für 2 630 288 Franken (1912: 2 202 430 Fr.) Uhren und für 4 537 172 Fr. (4 461 327 Fr.) Uhrenbestandteile eingeführt, für 169 210 000 Fr. (160 608 056 Fr.) Uhren und für 13 629 199 Fr. (13 179 939 Fr.) Uhrenbestandteile ausgeführt. Der Ausfuhrwert ist also um über 9 Millionen Franken gestiegen, was in der Tat als ein glänzendes Ergebnis des Krisenjahres 1913 für die schweizerische Uhrenindustrie bezeichnet werden muß. Die Einfuhr hat nur eine geringe Bedeutung.

Eine Abnahme hat die Zahl der abgestempelten Schmuckfächer und Geräte aus Gold und Silber von 190 981 1912 auf 180 021 1913 erfahren. Da die Abstempelung dieser Edelmetallwaren eine freiwillige ist, die Fabrikanten es also damit halten können, wie sie wollen, so folgt aus der geringeren Zahl der Abstempelungen nicht auch eine Verminderung der Erzeugung. Der Departementsbericht bemerkt dazu, daß im Handel mit seinen Schmuckfächern gegenwärtig die Platinwaren den Vorrang genießen. Ferner wird festgestellt, daß die Abstempelung der edelmetallenen Schmuckfächer von den Einzelveräußern wie von den Käufern wegen der Garantie für die Richtigkeit der Prüfung des Feingehaltes an die edelmetallenen Kontrollämter senden. Diese senden ungenügend befundene Waren wieder an die Abnehmer zurück, auf befundene Waren dagegen direkt an die von den ausländischen Fabrikanten angegebene schweizerischen Kunden.

Zu der von den Verbänden der schweizerischen Goldschmiede Optiker und Uhrmacher schon 1910 an die Bundesbehörden gerichteten Eingabe zum Erlaß eines Bundesgesetzes gegen die Mißbräuche im Detailhandel bemerkt der Bericht, daß das Finanzdepartement die geforderte Einführung der Feingehaltskontrollen im Detailhandel der edelmetallenen Schmuckfächer plant, aber mit der Beschränkung auf die Waren im Detailhandel. Neu eingeführt wurde die freiwillige Kontrolle der Uhren und Schmuckfächer aus Platin.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Mitteilung, daß der Edelmetallwert der im Jahre 1913 in der Schweiz erzeugten Gold- und Silberwaren schätzungsweise 51 Millionen Franken in Gold und 9 Millionen Franken in Silber betrug. Dabei kostete das Mio Gold 3437,46 Fr. bis 3449,50 Fr., das Mio Silber 101 Fr. und das Mio Platin kostete nach dem Bericht der Handelskammer in Genau 7500 bis 7500 Fr., welcher Preis den des Goldes um mehr als das Doppelte übersteigt. Damit bedient sich ungefähr die Angabe des schweizerischen Finanzdepartements, daß gegenwärtig das Gramm Platin 7 bis 8 Fr. kostet. Für den großen Wert der Abfälle in den Uhren- und Schmuckwarenfabriken spricht die Mitteilung, daß solche für rund 26 Millionen Franken veräußert wurden.

Was in allem eine feine, kostbare und mühsame Industrie. Um so bedauerlicher ist der kapitalistische Schmutz, der sich in das Arbeitsverhältnis hineinbringt, oder das Behören schmutziger Kapitalisten, die die Uhrenarbeiter zu rechtlosen, maßlos ausgebeuteten und notleidenden Lohnsklaven herabdrücken möchten.

Erfolgreiche Beendigung der Uhrenarbeiter-Ausperrung. Nach vierteljähriger Dauer ist endlich der große Kampf in der schweizerischen Uhrenindustrie zum Abschluß gekommen. Wie wir jetzigezeit berichtet, ist er aus dem Vorhaben von 4 Stanzern in einer Uhrenfabrik in Grenchen (Kanton Solothurn) wegen Arbeitsforderungen entstanden. Da sich mit den Stanzern die übrigen 185 Arbeiter der Fabrik solidarisch erklärten, mißfielen sich die übrigen Uhrenfabrikanten drei und drohten mit der Aussperrung ihrer 2000 Arbeiter, wenn nicht in der ersten Fabrik wieder Frieden gemacht werde. Da es nicht dazu kam, erfolgte in der Tat die Aussperrung. Für dieses Vergehen war indes der Konflikt in der einen Fabrik nur der Vorwand. Bei den aussperrenden Uhrenfabrikanten handelte es sich um die Vernichtung des Uhrenarbeiterverbandes, der ihnen ein Dorn im Auge war und ist. Da ihnen vor Jahren schon einmal die Vernichtung der Gewerkschaft gelungen war, die dann aber später mit neuer Macht erstand und ihnen unbehagen wurde, so glaubten sie, durch brutales Vorgehen mit Unterstützung der Verbandsklassen und Auslagerung der Arbeiter nun zum zweitenmal die gefasste Organisation zerstören zu können. Dabei wirkte auch der weitere Umstand mit, daß der Kanton Solothurn das Hauptquartier der gelben Unternehmenskreise und Säbelen in der Schweiz ist, in dem die freisinnige Partei mißfiel dem ganzen Beamtenstand (Richtern, Gemeinde- und Staatsbeamten, Ministern etc.) regiert. Nun sollten auch die Uhrenarbeiter für den gelben Schmutz gewonnen werden und um dieses saubere und erhabene Ziel führten die Uhrenfabrikanten den Kampf.

Die Arbeiter haben ihn mit Hilfe der freiorганиerten Arbeiterschaft der Schweiz und der internationalen Organisation der Metallarbeiter gewonnen, sie haben das Atomat des Kapitals auf ihre Vereinbarkeit zurückgeschlagen und ihre Organisation gerettet.

Der Friedensschluß kam durch folgendes Abkommen zustande:

1. Die Vereinbarung vom 31. Mai 1911 in bezug auf das Verhältnis und die grundsätzliche Stellung der Verbandsfabriken zur unabhängigen Arbeiterschaft wird nach wie vor als verbindlich anerkannt.
2. Die Fabrikanten sichern die Wiederherstellung der Arbeiter soweit zu, als die veränderten tatsächlichen Verhältnisse es erlauben, wobei nach Möglichkeit verbeirietete Arbeiter bevorzugt werden.
3. Die Erleichterung von kleineren Differenzen im Betrieb oder von Umständen untergeordneter Natur mit einzelnen Arbeitern ist der Entscheidungsbefugnis des Arbeitgebers, beziehungsweise der Verbandsfabriken des letztern mit den Arbeitern vorbehalten.
4. Um neue Konflikte zu vermeiden, wird vereinbart, daß während vier Jahren Streitfragen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, also zwischen dem Verband überbergischer Uhrenindustrieller und dem Uhrenarbeiterverband, welche nicht durch glückliche Verständigung erledigt werden können, einer gemischten Kommission zu unterbreiten sind, deren Zusammenfügung und Verfahren einer besonderen Vereinbarung vorbehalten bleibt.

Die Kantonalen Zeitungen brachten die faule telegraphische Nachricht, die Arbeiter hätten eine Niederlage erlitten. Sogar Arbeiter hätte es Fabrikanten heißen sollen, dann hätte die Besetzung geklärt. Mit den Uhrenfabrikanten hat auch die übrige Gesellschaft, die die Uhrenarbeiter mit allem Terrorismus geißeln wollte, eine

Niederlage erlitten, und wenn man sich die Rückwirkungen vergegenwärtigt, die die Niederlage der Aussperrten und ihre Einwirkung in den gelben Schmutz des Kantons Solothurn für die gesamte schweizerische Gewerkschaftsbewegung gehabt hätte, so erscheint der Sieg der Uhrenarbeiter von durchschlagender Bedeutung.

Der Wichtigkeit wegen sei noch angeführt, daß an der entscheidenden Vermittlungskonferenz der sozialdemokratische Statthalter (Bezirksbeamter) Wyhhaar (ein früherer Uhrenarbeiter) von Biel, der sozialdemokratische Bürgermeister Kubmann von Grenchen und die beiden Sekretäre Nyjer und Gehmann vom Uhrenarbeiterverband teilgenommen haben.

Schleunigst wurden die Streikbrecherheiten aus den Fabriken entfernt und durch fleißige Pug- und Wäschfrauen der gelbe Gestank ausgerottet. Bei der Wiederaufnahme der Arbeit am Montag dem 11. Mai schien es durch neue Ueberbereiter der Fabrikanten zu einer Wiederaufnahme des Kampfes zu kommen, aber die Sache scheint noch rechtzeitig friedlich erledigt worden zu sein.

Ein neuer Streitfall in der schweizerischen Uhrenindustrie. Die in Chaux-de-Fonds und Locle beschäftigten Futtermaschinen haben am 10. Mai die Kündigung eingereicht, da die seit dem Ablaufe des bisherigen Arbeitsvertrages mit den Unternehmern gepflogenen Unterhandlungen ergebnislos blieben. Die Arbeiter verlangen den Neunhunderttag, sechs Tage Ferien im Jahre und Bezahlung der gesetzlichen Feiertage, an denen die Arbeit ruht.

Frankreich.

Die französischen Kammerwahlen haben der sozialistischen Partei am Stichwahltag vom 10. Mai einen großen Sieg gebracht, der selbst die kühnsten Erwartungen weit übertrafen hat. Zu den in der Hauptwahl genannten 40 Mandaten kam 61 hinzu, und damit ist die Zahl der sozialistischen Abgeordneten auf 101 gestiegen. Wenn auch in den Parti-Kreisen damit gerechnet wurde, daß die Wahlparole gegen den Militarismus und gegen die dreijährige Dienstzeit die Mandatszahl erhöhen würde, so gingen die Hoffnungsbefugten doch nicht über 90 oder 95 hinaus. Um so größer ist nun der Jubel über die 33 neuen Wahlsiege, die der Partei in dem äußerst heftigen Wahlkampf zugefallen sind. Der Ausfall der Wahlen bedeutet einen ganz entscheidenden Zug nach links. Das arbeitende französische Volk hat der Reaktion einen Denkart gegeben, an den diese in den nächsten vier Jahren noch öfter erinnert werden wird. 101 sozialistische Abgeordnete bedeuten in Frankreich mit seiner parlamentarischen Regierung eine Macht, mit der jedes kommende Ministerium ernstlich rechnen muß, und wir können deshalb hoffen, daß der Wahltag unserer Genossen auch die soziale Befreiung in einen schnelleren Gang bringen wird. Politisch bedeutet der Sieg einen erfreulichen Beweis für das erfolgreiche Eindringen der sozialistischen Gedanken in der französischen Arbeiterschaft und im Bauerntum. Die sozialistische Partei, die in diesem Wahlkampf einen grundsätzlichen Kampf mit der Reaktion ausfocht, die mit aller Schärfe gegen die Militarisierung des französischen Volkes protestierte und die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Annäherung zum Nutzen beider Nationen in der unabweisbarsten Weise versocht, kann mit Stolz auf das Ergebnis blicken. Die militärische und chauvinistische Reaktion, die in den letzten Jahren in bedrohlicher Weise zuzunehmen schien und die in verbrecherischer Weise weite Volkskreise irregulieren suchte, hat eine treffliche Antwort von der Wählerchaft erhalten. Diese Antwort wird in jenen Kreisen mit sehr gemäßigten Gefühlen aufgenommen. Dem Temps bis zur Libre Parole, von l'Action Francaise bis zum Journal des Debats herrscht nur eine Verbilligung, die sich in widerprechenden Urteilen äußert. La Libre Parole wünscht in ihrer Wut über den erdrückenden Erfolg der sozialistischen Partei sogar eine Auflösung des Parlaments. Deutlicher kann die Enttäuschung über die Antwort des französischen Volkes auf die Einführung der dreijährigen Dienstzeit wohl nicht zum Ausdruck gebracht werden.

Aber auch vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus können wir uns über den Wahlerfolg unserer französischen Genossen freuen. Die lehrreichen Wirkungen dieses Sieges geben weit in die syndikalistischen Kreise hinein. Die Bataille socialiste schrieb zum Beispiel nach der Hauptwahl über das Wachsen der sozialistischen Stimmungslage von einem Siege des Fortschritts, und nach der Stichwahl — leider erst nachher — erschien ein Artikel von Malato, der sich gegen die politische Enthaltenspolitik richtete. Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften ist in den letzten Jahren ein erträglicheres geworden und es bessert sich immer mehr. Die Erfolge der letzten Wahlen und damit der verstärkte Einfluß der Partei im Parlament werden bei einer einheitlichen Haltung der Fraktion in allen grundsätzlichen Fragen das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft immer besser gestalten. Das Abbrechen der Spindalketten von den Anarchisten, das im letzten Jahre begann, war der erste Schritt zu einer Annäherung an die Partei und die letzten Wahlerfolge werden diese Annäherung nur beschleunigen.

Der Streik in der Automobilfabrik Sauer in Suresnes bei Paris ist nach über neunwöchigen Kämpfe erfolglos beendet worden. Ursache dieser neuen Niederlage ist, wie in den letzten Streiks bei Gotisch und Basser, auch hier wieder die große Anzahl der Unorganisierten. Und dazu kommt auf Unternehmenseite noch eine Erhöhung der Widerstandskraft durch die Unterstützungs-klassen gegen Streikfächer.

Großbritannien.

Der stärkste Verband der Eisen- und Stahlwerksarbeiter Großbritanniens, die British Steel Smelters, Mill, Iron, Tinplate and Kindred Trades Association, gab eben den Jahresbericht für 1913 heraus, der zeigt, daß der Verband wiederum erfreuliche Fortschritte machte. Von den rund 75 000 Mitgliedern aller 15 Gewerkschaften der Eisen- und Stahlwerksarbeiter haben die British Steel Smelters etc. allein fast die Hälfte. Zu Beginn des Jahres 1913 hatte dieser Verband 29 299 Mitglieder; beigetreten sind 11 695 und ausgetreten 6289, so daß am Jahresschluß 34 705 Mitglieder verblieben, wovon 649 weibliche Personen waren. Die Zunahme belief sich auf 5406. Im Jahresdurchschnitt 1913 betrug die Mitgliederzahl 31 877, bezogen mit 24 385 1912, 18 350 1911, 16 788 1910, 15 485 1909, 15 390 1908 etc. Trotz der bemerkenswerten Ausbreitung des Verbandes in der jüngsten Zeit gibt es noch immer schwierige Organisationsarbeit zu leisten, um in gewissen Mittelpunkten des Nichterwerbendertums festen Fuß zu fassen.

In finanzieller Beziehung ist das Jahr 1913 sehr günstig abgelaufen. Die Gesamteinnahmen betragen 1 067 695 M. (1 £ zu 20,40 M. gerechnet), die Ausgaben 777 893 M., so daß sich ein Ueberschuß von 289 802 M. ergab und der Vermögensbestand von 1 869 224 M. am Jahresbeginn 1912 auf 2 179 026 M. am Jahresschluß 1913 stieg. Von den Einnahmen stammten aus Beiträgen 36 659 M., regelmäßigen Mitgliederbeiträgen 862 594 M., Ertragssteuern 22 624 M., Vermögenszinsen 65 239 M. u. s. w.

Der Verband zahlt seinen Mitgliedern Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Währungsregelungen, ferner pflegt er Arbeitslosen, Unfälle, Unfall-, Alters-, Heirats- und Sterbegeheimunterstützung; Heiratsunterstützung erhalten nur weibliche Mitglieder. Die Beiträge, die 1912 und 1913 für die verschiedenen Unterstützungsarten ausgezahlt wurden, sind in der folgenden Tabelle angegeben:

Unterstützungsarten	1912	1913
Streik- und Aussperrungsunterstützung	8978	82478
Gewerkschaftenunterstützung	9836	94
Arbeitslosenunterstützung	341 639	101 058
Unfallunterstützung	38964	84 908
Unfallunterstützung	12117	30 400
Alterunterstützung	2530	2037
Heiratsunterstützung	1968	2856
Sterbegehalt	54 503	72864
Zusammen	459 580	326 035

